

Ersteinst täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Bestimmungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitschrift oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 24. Juli 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Was ist ein Anarchist?

Der Anarchismus ist ein wahrer Proteus. Da er nur der extreme und verzerrte Ausdruck des Individualismus und des thierischen Kampfes ums Dasein ist, auf welchen zwei Säulen die bürgerliche Gesellschaft beruht, so findet der Anarchismus sich bei allen Parteien und Parteischattierungen der kapitalistischen Welt. Und da dieser Parteien und Parteischattierungen mit allen ihren tausendfältig verschlungenen und einander widersprechenden Interessen unzählige sind, so sind der Formen und Spielarten des Anarchismus naturgemäß auch unzählige. Und es giebt keine zwei Definitionen desselben, die sich gegenseitig decken. Wir machten wiederholt darauf aufmerksam, daß jedermann sich unter dem Wort „Anarchist“ etwas anderes vorstellt, und daß schon deshalb von einem Gesetze gegen „Anarchisten“ eherlich er Weise nicht die Rede sein könne. „Anarchistische“ Handlungen wie die des Ravachol, Vaillant, Peury, Caserio u. s. w. werden von jedem Menschen verurtheilt; allein gegen solche Handlungen bedarf es keiner neuen und besonderen Gesetze, weil sie unter das vorhandene Gesetz fallen. Wer ein besonderes Gesetz gegen Anarchisten verlangt, denkt dabei gar nicht an jene allgemein verurtheilten Handlungen — denn gegen sie reichen die vorhandenen Gesetze aus, so weit Gesetze das können, — er denkt nur daran, Bestrebungen, die gesetzlich sind, ihm aber nicht passen, in den Maschen eines solchen Gesetzes, das mit dem vagen Begriff „anarchistisch“ Alles umfassen kann, zu treffen. Wer ist heute nicht alles ein „Anarchist“? Die alte Kalerentiste im Sachsenwald ist unseres Erachtens — und den Beweis können wir spielend erbringen — mit „Anarchismus“ bis zum Rand vollgepfropft. Wenn die alte Kalerentiste Recht hat, ist Caprivi ein ebenso schlimmer Anarchist, wie Caserio oder Ravachol. Reptil, Völkher von der Nationalliberalen Korrespondenz hat hundertmal das Zentrum an anarchistischen Treibens bezichtigt; die „Nationalzeitung“ hat die Konservativen und Antifemiten den frevelhaftesten Anarchismus überführt, und wie leicht wäre es uns, die Philister der „Nationalzeitung“ als Anarchisten der schlimmsten Sorte mit dem Ohrläppchen an den Pfahl eines Ausnahmegesetzes zu nageln! Was uns zu diesen Bemerkungen veranlaßt, ist der Artikel einer amerikanischen Zeitung, aus dem wir ersehen, daß die Geldprozen-

ten-Presse der Vereinigten Staaten die Führer des letzten Arbeiterstreikes als „abscheuliche Anarchisten“, und den Streik selbst als „verbrecherischen Anarchismus“ hinstellt. Und wir, wir behaupten dagegen, daß Bullman und Konforten die verwerflichsten Anarchisten unter der Sonne sind — tausendmal gefährlicher und schuldiger als die Ravachol und Konforten. Denn sie haben tausendmal mehr Menschen ins Unglück gebracht, dem Gemeinwesen tausendmal mehr Schaden zugefügt. Sie sind die Urheber der letzten Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit — sie haben das Land an den Rand des Bürgerkriegs gedrängt, und sie, die Brüder und Vettern unserer schienensüchtigen Baare und Konforten, sind es, welche den Staat mit mathematischer Gewißheit in eine „gewaltthätige Revolution“ führen, wenn ihnen nicht rechtzeitig das Handwerk gelegt wird.

Die Unmöglichkeit zu definieren, was ein Anarchist und was anarchistisch ist, zeigt sich jetzt recht deutlich in Frankreich bei Aufertigung des „verbrecherischen Gesetzes“ angeblich gegen den „Anarchismus“.

„Um Mißbrauch zu verhüten“, ist in dieses Gesetz mit Zustimmung der Herren Casimir Perier und Dupuy auf Antrag des Herrn Bourgeois eine Klausel eingefügt worden, welche verfügt, daß die strafbaren Handlungen und Aufreizungen zum Zweck der „anarchistischen Propaganda“ verübt sein müssen. Allein was ist „anarchistische Propaganda“? Genosse Jaurès meint in der „Petite Republique“, durch diesen Zusatz sei das ganze Gesetz verpsucht und wirkungslos gemacht, denn jetzt könne es nur auf wirkliche Verbrecher, die sich „Anarchisten“ nennen, Anwendung finden, und nicht auf Sozialisten und andere unbequeme Leute. Das ist eine sehr optimistische Auffassung. Unsere Juristen würden über ein solches Zwirnsfädchen nicht stolpern. Und die französischen sind sicher nicht heiliger.

Es giebt nur eine richtige und ehrliche Definition des Wortes Anarchist — und da die Anarchistengesetze nicht ehrlich sind, ist diese Definition auch diejenige, deren Wichtigkeit von jenen Wiedermännern am heftigsten bestritten wird, — und diese einzig richtige Definition lautet: ein Anarchist ist jeder Mensch, dessen politische, soziale und wissenschaftliche Bestrebungen dem Anarchistengesetzler nicht gefallen. Jede andere Definition ist Heuchelei und Lug.

Jules Guesde und das französische Anarchistengesetz.

Paris, 20. Juli. Wenn in der bisherigen Debatte über das Anarchistengesetz jemand den Urhebern desselben eng an den Leib gerückt ist, dann ist es sicher Genosse Guesde, der in der gestrigen Sitzung der Kammer zur Befürwortung einer von ihm eingebrachten Gegenvorlage das Wort ergriffen hat, in der er die Abschaffung des Pressenbessgesetzes vom 12. Dezember 1893 verlangt. Dieses Gesetz wurde bekanntlich nach dem Vaillant'schen Attentat votirt. Auf das Attentat auf die Kammer hat diese mit einem Attentat auf das Pressengesetz vom Jahre 1881 geantwortet. Da nun auf das Attentat Caserio's mit einem neuen Attentat auf die Pressfreiheit geantwortet werden soll, fragte sich Guesde, wie das erste Attentat gewirkt habe. Die neue Vorlage giebt die beste Antwort darauf. Als das Gesetz vom 12. Dezember v. J. vorgelegt wurde, sagte Casimir Perier, es handle sich darum, die Wiederkehr solch schmachvoller Ereignisse zu verhindern, wie es die sind, deren Zeuge die Kammer war, während der Justizminister seinerseits sagte: „Es handelt sich darum, die Anarchie zu zertreten; wenn Sie uns Ihre Hilfe, wenn Sie uns diese Waffe geben, werden wir mit ihr fertig werden.“ Haben nun die Thatfachen diesen Erklärungen entsprochen? Nie, so führte Guesde aus, nie haben die Bomben so oft das Wort ergriffen, als seit die Press- und Redefreiheit verkehrt worden ist. Die Kirchen, die Kaffeehäuser, die öffentlichen Orte sind seit dieser Zeit zu Mordplätzen geworden. Und den Bomben hat sich der Dolch zugesellt, der, nachdem er die Republik in Trauer versetzt, nun auf dem Wege ist, diese Trauer auf eine von den Unfreiheiten Frankreichs auszuweiden. Es wurden auch anderwärts Attentate verübt; in den Vereinigten Staaten wurden die Präsidenten Lincoln und Garfield ermordet, den Bomben von Chicago fielen 18 Personen zum Opfer, in London wurden Attentate gegen den Tower und ein Gefängnis ausgeführt, aber weder die große amerikanische Republik noch England haben daran gedacht, diese Attentate mit einem Attentat auf die öffentlichen Freiheiten zu beantworten. Die Press- und Redefreiheit habe eben nichts gemein mit dieser Art von Wahnsinn, der gewisse frante Hirne ergreifend, sich in individuellen Gewaltthätigkeiten äußert, die sich gegen die Ideen selbst richten, denen sie anmaßlich dienen sollen. Weder die Presse noch der Sozialismus, den man sich erdreistet hat, die Schule, die Lehranstalt der Anarchie zu nennen, haben auch nur das Geringste mit dieser Epidemie zu schaffen, die nur dadurch zur Epidemie gemacht wurde, indem man sie zu einer öffentlichen Gefahr erhob. Ihr seid es, rief

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von E. Spindler.

„Willst Du im Ernste hin?“ fragte Doring den Ritter, und lächelnd bejahte er es. Doring schüttelte den Kopf. „Traue den Krämerfischen nicht!“ sprach er warnend. „Du wirst Dich verlassen auf das frei Geleit, das sie Dir vor einer Woche zustellen ließen, für den heutigen Tag, und den morgenden, im Fall sich die Unterhandlungen in die Länge dehnen sollten. Aber wir erleben heut zu Tage gar oft das Beispiel, daß frei Geleit gebrochen wird, sonder Scham und Reue. Geh' nicht hin.“ — „So tapfer im Strauß, so feig im Rath!“ versetzte lächelnd, wie oben der Burgherr: „Ich traue den Frankfurtern, und habe eher Recht, als sie, wenn sie mir vertrauen wollten. Was ich nicht geraume Zeit ihr Stadt- und Feldhauptmann? Sie werden nicht hinterlistig handeln gegen einen Mann, der ihre Fahne trug.“ — „Eben darum!“ fuhr Doring lebhafter fort: „Hättest Du den Lappen nie getragen! Und wozu soll denn wohl der vorgeschlagene Vergleich dienen? Du wirst doch nicht die Artikel halten wollen, die das Bürgerpad Dir aufschwaben möchte?“ — „Beschwören und halten ist nicht einerlei!“ sprach Wehtram dagegen: „aber mir kann's nicht einerlei sein, wenn ich sehe, daß die vorsichtigen Pfefferjüde mir die Geerstraße rein halten, so weit das Auge reicht. Darum will ich sie wieder kurre machen, und wimmelt's alsdann wie ehedem von Räubern, Weggerzügen und Weinführen, so will ich ihnen die Leichtgläubigkeit entränken, und meine Vorräthe anhäufen. Jährlich einen Spahn mit Frankfurt, und jährlich wieder Veröthnung! Dabei finde ich gute Rechnung. Haltet mich darum nicht auf, meine Freunde. Den alten Fuchs von Bilbel fängt man nicht so leicht,

und die Herren von Frankfurt fürchten mich und meine Drohungen.“ — „Donner und zehntausend Teufel!“ rief der Hornberger dazwischen: „Das dürfen sie auch. Wir heißen nicht umsonst die wilde Jagd in der Wetterau. Eine Lohe wollten wir anschüren über den Siebeln der Stadt, daß die Engel im Himmel die Füße zusammenziehen sollten vor Brandschmerz; . . . und soviel Achtung und Freundlichkeit mir das Fräulein von Valdegrün eingelöst hat, — das Haupt schlage ich ihr vom Kumpfe und schichte es ihren Landsleuten zum Geschenk, wenn sie sich an unserm biederem Witth vergeifen wollten.“

„Erbärmliche Brählerei!“ sprach der Leuenberger halblaut zu dem von Wiede: „Ich wollt' es ihm doch rathen, des Fräuleins Kopf ungeschoren zu lassen.“ — „Donner und Pestilenz!“ erwiderte der Junker von Hornberg, der die Aeußerung gehört hatte: „Wer spricht da? Weit! Weit! nimm Dich in Acht mit Deiner vorlauten Zunge! Einen Brähler schilt mich keiner zweimal.“ — „'s läme darauf an, es zu versuchen!“ entgegnete Weit, und warf die Nase in die Höhe: „Es giebt Dinge, die ich nicht einmal im Scherz begreife.“ — „Wahre Dich vor dem Hornberger!“ redete Wehtram lachend dazwischen: „Du weißt ja, daß er mir gestern beinahe in aller Freundschaft und Kumpanei den Hals gebrochen hätte. Schämte Dich aber auch, alter, großer Leuenberg, daß Du so unritterlich dem Fräulein den Hof machst. Schon längst hab' ich's gemerkt, und ich glaube, in der ganzen Weste giebt es keinen, dem es ein Geheimniß wäre. Es giebt, weiß Gott, nichts Lächerlicheres, als einen verliebten Wurschen, der schon beinahe über die Jahre hinaus und in seinem ganzen Leben der Schönste nie gewesen ist.“ — Die Genossen des Ritters lachten hell auf, während eine Art von Schamröthe in Weit's braunes Gesicht stieg. — Wehtram fand Anerkennung seines rohen Witzes und fuhr daher lecher fort: „Den Hornberg lob' ich mir dagegen. Die Blicke einer Dirne prallen von ihm ab, wie die Pfeile des Schützen von dem Kiraz. Und doch wäre er ein anderer Mann als Du, mein guter Weit. Lustiger, offener, und . . . ich muß es sagen, — weit lecher als Du. Während Du auf der faulen Haut liegst, und denkst,

die Sonne soll Dir Wein, Brot und Fleisch in die Kammer scheinen, sitzt der Hornberg frisch und straff zu Gaul, und ist in der Wetterau gefürchtet, wie ich es nur war in meiner besten Zeit. Aber derselbe Muth, der im freien Felde sich herumschlägt, gewinnt auch in einsamer Kammer die Herzen der Weiber. Merke Dir das Weit, und vergieb mir, daß ich Dir in etwas die Wahrheit sagte, wie man nur einem Freunde zu thun pflegt.“ — „An Eurer Aufrichtigkeit ist mir nie eingefallen zu zweifeln, versetzte Weit, seinen ans höchsten gestiegenen Unmuth hinter einem bitteren Lächeln verbergend: „ob es geziemend ist, einen Gast durch solche Reden zu kränken vor ansehnlicher Ritterschaft, meine ich nicht; allein ich übersehe es Euch, da Ihr eben mein Gastfreund und obendrein mein Lehrer seid, und Eures Alters wegen ein Wort voraushaben mögt. Daß ich überall dabei bin, wo es gilt, und ich eine Vortheil absehe, daß ich in Kühnheit und Muth es aufnehme mit jedem, der es mit mir wagen will, behaupte ich, so wie, daß ich jedem den Hals breche, der an den des Fräuleins will. Sie ist meine Waise, und wahrlich weder Graf von Montfort, noch Ihr, verehrlicher Ritter, habt Euch durch ihren Hand-Ruhm erworben.“ — „Horch! horch!“ spottete Hornberg, die Weise eines damals beliebten Liedleins nachäffend: „Wie anders die Schalmeie klingt, denn sie zuvor erklingen! wie anders doch der Bube singt, denn er zuvor gesprochen! Wie hat der Leuenberg vor wenig Tagen noch gesprochen, und wie spricht er jezo? So lernt man minnen, was man haßte. Was gilt's, hol' mich der Satan, er bedauert, der arme Schelm, daß ihn die Frankfurter in den Bann gethan. In die Krämerladen würde er sich stellen und das Einmaleins lernen und die Elle handhaben, um sein Liebchen zu gewinnen!“ — „Wenn Du nicht schweigst!“ — schrie Weit, nach dem Dolche fahrend. Wehtram stieß ihn indessen kurz und bündig zurück.

„Friede!“ rief er barsch dazwischen: „Stern und Kreuz! Ihr habt mich gestern verhindert zu raufen, ob ich gleich der Herr vom Hause bin. Heute sollt Ihr mir das für keinen Lärm und Haber angesteln, und müßte ich Euch beide vor das Schloß werfen. Vertragt Euch, damit Ayr's

Guedde den Regierungsgesandten zu, die die anarchische Gefahr geschaffen, Ihr seid es, die das bis dahin örtliche Uebel durch die hervorretende Stellung, die Ihr ihm gegeben, entwidert habt. Und an Beweisen hierfür lieh er es durchaus nicht fehlen. Sowohl die „Gallie“, das erste von Guedde und seinen Freunden geschaffene Blatt, das den wissenschaftlichen Sozialismus in Frankreich verbreitete, wie die gleichzeitig von ihnen gegründete Partei waren es, die das Feuer gegen den Anarchismus eröffnet haben. Wer waren es, frug Guedde, die in den öffentlichen Versammlungen wie in der Presse den Arbeitern zugerufen haben: „Man betrügt Euch; nicht auf Seite der Anarchie liegt das Heil! Nicht Sie waren es, meine Herren, sondern wir.“ Und diesen stetigen Kampf gegen den Anarchismus führt die kollektivistische Partei nun schon seit sechzehn Jahren. Auf ihrem Viller Kongress (1890) hatte sich die Arbeiterpartei nicht damit begnügt, zu erklären, sondern sie hat ihren Mitgliedern sogar verboten, in öffentlichen Versammlungen mit Leuten zu debattieren, die sie als die ärgsten Feinde des Sozialismus betrachtete. Das Gleiche geschah auf den internationalen Kongressen. Was wurde hingegen anderwärts gethan? Im Jahre 1889 fanden in Paris große Arbeiterversammlungen statt. Die Sozialisten sagten zu den Arbeitern, sie sollten ihre Forderungen vor die öffentlichen Gewalten bringen, worauf die Anarchisten antworteten: „Was erwartet Ihr von den öffentlichen Gewalten? Man verlangt nicht, man nimmt! Man plündert die Bäckereien, die Konfektionsgeschäfte!“ In der Spitze derjenigen, welche die Plünderung predigten, stand ein gewisser Ornel, welcher der Geheimpolizei angehörte und dort unter dem Namen Savalle eingeschrieben war, wie dies ein aus Mitgliedern sämtlicher sozialistischen Fraktionen zusammengesetztes Gericht aus vorgelegten Beweisen konstatiert hatte. Nachdem er der Regierungspartei noch die bekannten „Erinnerungen“ des Polizeipräsidenten Andrieux ins Gedächtnis gerufen, wie auch die Thatsache, erwähnt hatte, daß das erste anarchische Journal „La Révolution sociale“, für das Andrieux die Kaution erlegte und das in jeder Nummer Recepte zur Anfertigung von Bomben brachte, nie verfolgt worden war, konnte Guedde mit Recht sagen, daß die Bomben wie der Dolchstoß nichts als ein Wort sind, um die Republik rückwärts zu führen und daß es von einem Mangel an Ehrlichkeit zeugt, den Anarchismus aufs Konto des alten Preßgesetzes zu stellen, da zur Zeit der von Andrieux subventionirten „Révolution sociale“ und der unter dessen Regide statigehabten Explosion von St. Germain das Preßgesetz von 1831 noch nicht geschaffen war. Schließlich wies Guedde auf die Früchte des nach den Hölde-Nobilitäten Attentaten in Deutschland erlassenen Ausnahmegesetzes hin, das die Zahl der sozialistischen Wähler von 700 000 auf nahezu 1 1/2 Millionen brachte und die Zahl ihrer Reichstagsabgeordneten von 11 auf 25 erhöhte. Wenn er sich demnach der Gesetzesvorlage entgegenstemme, so geschehe dies nicht im Interesse seiner Partei. Wir waren 800 000 Kämpfer; nach Ihrem Gesetze werden wir zwei, vielleicht drei Millionen sein, und wenn wir hier die Majorität bilden, werden wir endlich die wahre Republik schaffen.“

Da judte es den glatt gestriegelten Musterbourgeois Deschanel gar gewaltig, und er ätzte eine Stelle aus einer Guedde'schen Broschüre, in der von der Entregierung der Eigentümer die Rede ist, ohne daß denselben — es ist schrecklich zu sagen! — auch nur eine Entschädigung zugedacht wird. Damit sollte die Jungheit des Verhältnisses zwischen Sozialismus und Anarchismus festgestellt sein, während in Wirklichkeit damit nur die Niedrigkeit des Charakters Deschanel's, sowie die Absicht der Regierungspartei, die Sozialisten mit dem Anarchistengesetze zu treffen, festgestellt und gleichzeitig unserem Freunde die Gelegenheit zu einer glänzenden Replik gegeben wurde. Ohne auf die persönlichen Anspielungen mit mehr als ein paar verächtlichen Worten zu antworten, erwiderte Guedde nämlich: „Wenn man das soziale Problem von historischen Standpunkt aus betrachtet, dann steht man Wendepunkte, wo die Menschheit, um ihre Evolution (Entwicklung) zu vollziehen, gezwungen ist, eines der großen Rückhaltungswerke zu vollziehen, die die großen Bürger von 1789 und 1793 vollbracht haben. O, wie würden die Männer der Nationalversammlung und des Konvents gelacht haben, wenn man ihnen gesagt hätte, daß sie, indem sie der Nation die Kirchenbücher zurückgeben, dieselben zurückkaufen müßten, daß sie die Güter der ins Ausland, der nach Nobilitäten gegangenen Adligen zurückkaufen müßten! Man hätte sie Anarchisten nennen können, ohne daß sie darum zurückgewichen wären. Wo es sich um eine Nationalisierung handelt, kann von keinem Rücklauf die Rede sein, da es sich ja um eine Aufgabe an die Nation handelt. Wenn Sie da irgend eine Verwandtschaft sehen, zwischen der Theorie des Diebstahls, wie die Anarchisten sie lehren, und dieser Rückgabe der Güter an die Nation, der sie gestohlen wurden, dann um so schlimmer für Sie. An dem Tage, wo Sie beschließen haben werden, daß ein unter dieser Beschaffenheit vollzogener Akt der

könnt, soll meine Birthein Wein schaffen!“ — Er klopfte in die Hände, piff seinen wohlbekannten Forstus, und da das Fenster erklang, und Frau Else herausschaute, begehrte er einen Valet und Satteltrunk. — „Ich bin heute so vergnügt,“ fuhr er fort, und sah sich munter im Kreise um. „Ich gedenke heute einen frohen Tag zu feiern, und morgen spätestens wieder behaglich in Eurer Mitte zu sein.“ — Alle, sogar der maulende Weib reichten ihm die Hände. Doring sagte jedoch kopfschüttelnd: „Gott verdamme den Weg, den Du machst, Wechtram. Ich habe böse Ahnung. Dein Gaul hat gestern das Vorzeichen gegeben. Es droht Dir entweder zu Frankfurt Unheil, oder Du bringst es von dannen nach Reimchen Hause. Bleib daheim.“ „Bländertasche!“ versetzte Wechtram lächelnd, ihn beim Schnauzbart zuspinnend: „Sorge nicht; mir bräugnet nichts Böses. Der alte Auerstier ist die Furcht des Waldes, und wäre ich's auch nicht allein, den die Städter fürchten, so sind es doch meine Freunde. Sieh einmal hin, auf die Hand voll Menschen, led wie die Döhne, geporent wie sie, und nicht minder hitzig. Ihr laßt mir nichts geschehen, Fremde, und in diesem Vertrauen laßt uns die Becher leeren auf fröhlich Wiedersehen!“ — Frau Else kredenzte den Trunk, und mit einem Jubel flogen die geleerten Gumpen in die Luft. — „Nun keinen Tropfen mehr!“ rief der Reimberger. „Auf morgen oder heute Abend schon, das Uebrige!“ sehte Demme von Wiede hinzu. „Wiedersehen!“ murmelte Doring, dem Wechtram die Rechte schüttelnd. — „Ehe wir aber uns hinstehen, um über die hintergangenen Reichstädter ins Häuslein zu lachen, müssen wir unseren Freund an Frankfurter Thore geleiten!“ sprach lebhaft der Hornberger. — „Ja! das müssen, das wollen wir!“ jubelten alle insgesammt. — „Ich reite mit ihm in Sachsenhausen ein!“ sagte der von Wiede hinzu. „Ich gehe ihm nicht von der Seite!“ — „Warum darf ich nicht ein Gleiches thun!“ brummte Doring. „Aber ich habe einen Spahn mit dem Nachbar und traue nicht.“ — „Wir erwarten den Wechtram zu Oberrad!“ schlug der Hornberger vor, und Wechtram willigte gerne ein in das Geleit seiner Freunde und Genossen. — „So sei's!“ sprach er, sobald ich mit dem Magistrat im Deutschen Hause Frieden geschlossen, komme ich zu Euch, und sollte jener Unglücksvogel, der Kunz, recht haben, und sie mich einperren auf ein Lösegeld, trotz Geleit und Furcht, so kommt der Wiede doch und bringt Euch Rande.“

(Fortsetzung folgt.)

materiellen Souveränität in eine Reihe mit einem individuellen Nord- oder Plünderungsakt gestellt werden kann, von diesem Tage an werden Sie die Republik, die Sie zu verteidigen vorgeben, auf den Tod verwundet haben. Nein, an dem Tage, wo die Nation die Hand auf das Eigenthum gelegt hat, an dem Tage, wo das Volk dieses Volk vollbracht hat, hat es ein Werk der Gerechtigkeit und der Befreiung vollbracht, und ich bedauere die, die dies nicht begreifen!“

Und nach dieser meisterhaften Replik wäre es eigentlich undankbar, Herrn Deschanel wegen seines Ausfalls zu zürnen. Freilich, hätte dieser Strobtropf sie auch nur gehäut, würde er ihn sicherlich unterlassen haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juli.

Ein embarras de richesses — d. h. eine wahre „Qual des Ueberflusses“ sind für unsere Reichsregierung die 14 oder 10 Millionen — genau sagt man es noch nicht — der Mehreinnahmen des Reichsbudgets über die Voranschläge hinaus. Damit ist das Defizit großen Theils beseitigt, und für die neuen Steuern des Herrn Miquel kein Grund mehr. Aber eher verzichtet der Teufel auf eine arme Seele als ein Finanzminister auf eine neue Steuer, und nun arbeiten die Präceptile des Herrn Miquel in Schweiß ihres Antlitzes — bei dieser Hundstagshitze! — daran, die Reichsfinanzen recht schwarz zu malen. Nun — wir kennen unsere Pappenheimer und — neue Steuern giebt's nicht! —

Mit der Sprache herangerückt ist, wie wir aus der „Sächsl. Arb. Ztg.“ ersehen, einmal das Amtsblatt der Dresdner Polizeidirektion, der Berichte u. der „Dresdner Anzeiger“. Um das selbst unter deutschen Verhältnissen staunenerregende Verfahren der sächsischen Behörden gegen unsere Partei, insbesondere in Sachen der Maifeier zu rechtfertigen, erklärte das Blatt, es sei Pflicht der Behörden, sich bei solchen Dingen von politischen Gesichtspunkten leiten zu lassen. Das heißt auf Deutsch: die Behörden haben das Recht, die Gesetze so auszulagen und anzuwenden, wie es in den Kram der jeweilig am Staatsruder befindlichen Parteien paßt. Daß nun die sächsischen Behörden thatsächlich nach politischen, also nicht objektiv rechtlichen Gesichtspunkten verfahren, wie es im Gegensatz zur Erklärung des „Dresdner Anzeigers“ ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit wäre, ist inzwischen durch ein neues Vorkommniß bestätigt. Auf die Beschwerde über eine aufgelöste Versammlung erhielt der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins für den 4. sächsischen Reichstagswahlkreis eine Zuschrift folgenden Inhalts:

„Ev. Wohlgeboren erwidere ich auf die am 25. Juni d. J. hier eingegangene Beschwerde, daß der betreffende Beamte der königlichen Polizeidirektion, welcher die am 5. Juni d. J. in der „goldenen Ede“, hier, stattgefundene öffentliche Versammlung des sozialdemokr. Vereins für den 4. sächsischen Reichstagswahlkreis zu überwachern hatte, lediglich seiner allgemeinen dienstlichen Anweisung und den von mir in dieser Richtung gegebenen besonderen Anordnungen entsprochen hat, so daß sich hiernach eine Zurückweisung dieses Beamten ohne weiteres erledigt.“

Dresden, am 14. Juli 1894.
Der königliche Polizeipräsident,
Le Maistre.

Der ganze Text dieser Abweisung ist mit Ausnahme der Bezeichnung der Versammlung (also mit Ausnahme der fettgedruckten Worte) heltographirt.

Daraus ziehen wir den Schluß, daß in Sachsen der Arbeiterverfassung sogar die Hoffnung auf das Beschwerderecht illusorisch gemacht werden soll, indem man ihnen durch die heltographirten Formulare andeutet, daß alles, was sich die Polizeiorgane gegen unsere Partei erlauben wollen, von vornherein der Billigung durch die höheren Behörden sicher ist.

Die Verhältnisse in Sachsen haben einen Grad der Unertuglichkeit erreicht, daß die Reichsregierung nur weise wäre, wenn sie einige kalte Wasserstrahlen nach Sachsen dirigirte. Der vielgeschmähte deutsche Bundestag wenigstens hat sich seiner Zeit der Pflicht nicht entzogen, die Regierung des Landgrafen von Hessen-Kassel daran zu erinnern, daß die Bedrückung des Volkes selbst im reaktionärsten Staate eine Grenze haben müssen. Wir wüßten nicht, daß damals dem Bürgerthum in Hessen-Kassel elender mitgespielt worden wäre, als heute den Arbeitern Sachsens, und was der Bundestag that, wird man wohl auch vom wiedererstandenen Deutschen Reich verlangen können. Daß einer solchen Aktion einige juristische Spinnweben im Wege hängen, kann einem Reiche nichts verschlagen, das zwei Kriegen und einer Revolution von oben seinen Ursprung verdankt. —

Keine Freiheitsfrage, kein Volksrecht steht gegenwärtig den Freisinn in solche Aufregung, wie das geringste Antasten irgend eines Bourgeoisinteresses. Mit der größten Gemüthsruhe werden die Attentate Crispin's und der französischen Panamisten gegen die einfachsten Grundrechte des Volkes diskutiert, und wenn auch in etwas verschämter Weise die Beseitigung des Wahlrechts in England bekräftigt. Daß im Deutschen Reich nicht bloß in der Verwaltung sondern selbst in der Rechtspflege die Strömung mehr und mehr um sich greift, den Gesetzen, soweit sie öffentliches Recht betreffen, eine Auslegung aus Nützlichkeitsgründen, d. h. aus Gründen der Nützlichkeit für die herrschende Richtung, zu geben, das klammert den Freisinn sehr wenig und tritt vollständig zurück gegenüber dem Jeneiser des Freisinn, sobald die Interessen der Bourgeoisie auch nur im geringsten Gefahr laufen. Tag für Tag füllt das Engen Richter'sche Blatt ganze Spalten mit dem Bierboykott, und legt dabei einen solchen anhaltenden und dauernden Eifer für die Interessen des Herrn Mörike und seiner Kumpane an den Tag, daß vor ihnen jedes andere Interesse zurücktritt und er um ihretwillen selbst die reaktionärsten Maßregeln mit Freuden begrüßen würde. Die „Vossische Zeitung“ sucht in der Sauregurenszeit sich zwar öfters in liberalen Herzensergießungen Lust zu machen, aber gleichzeitig schmeichelt sie sich Bismarck wie Venigsen an und sucht die größten Konflikte zwischen ihnen und Freisinn als bloße „Missverständnisse“ heranzuphilosophiren. Aus dem Herzen entquellen ihr bloß kräftigere Töne, wo kapitalistische Interessen berührt werden, wie es in ihrem letzten Leitartikel geschieht, der von der „Handhabung des Einkommensteuer-Gesetzes“ handelt. Sie klagt über das „unbegründete“ Mißtrauen, welches die Einschätzungskommissionen den Steuerdeklarationen der Besitzenden entgegenbringt. Sie sieht eine „Verleumdung“ darin, daß man die „Wahrheitsliebe“ der Herren Bourgeois in Zweifel zieht. Nun, mögen ja hier und da die Ein-

schätzungsbehörden ihre Befugnisse zu weit ausdehnen, aber es gehört doch mehr als Naivität dazu, nach den Enthüllungen im Baare'schen Prozeß, nach den Ermittlungen in den meisten Städten, wonach gerade die größeren Kapitalisten den weitaus größten Theil ihres Einkommens der Steuer entzogen, von einem „unbegründeten“ Mißtrauen zu reden. Will man von Uebergriffen der Behörden reden, dann hat man tausendfach begründeteren Anlaß bei tausend anderen Gelegenheiten — freilich handelt es sich dann meistens um Uebergriffe, von denen die kapitalistische Bourgeoisie nicht betroffen wird und die dieser oft sogar höchst erwünscht erscheinen. —

Für Mörike verzapft ein Korrespondent der „demokratischen“ „Frankfurter Zeitung“ unterm 20. d. Mis. folgende Bierkriegs-Weisheit:

Der gegenwärtige Stand des Berliner Bierkrieges läßt über den schließlichen Ausgang des ganzen Kampfes kaum eine n Zweifeln zu. — Daß die Sozialdemokratie in diesem Kampf nicht liegt, ist fast als sicher anzunehmen. — Nach dem bisherigen Verlauf der Sache (d. h. bei der „fast sicheren“ Niederlage der Sozialdemokratie R. d. V.) ist es schwer verständlich, daß nun doch noch an die Hilfe des Staatsanwalts appellirt wird (von den Saalbesitzern).

„Schwer verständlich“ in, nur, daß der zeitungsschreibende Möriemann so naiv sein kann, zu glauben: weil die Millionen seines Mörike nach zwei Monaten noch nicht „alle“ sind, sei die Niederlage der Sozialdemokraten „fast sicher.“ Die Herren Saalinhaber, die den Druck der „Boykott-Schraube“ am eigenen Fleisch empfinden, verfallen in ihrer Noth auf den Gedanken, auf den jeder deutsche Philister, wenn er sich nicht zu helfen weiß, verfällt: sie schreien nach der Polizei oder dem Staatsanwalt.

Der Mörike ist hier für natürlich „zu liberal“. Das heißt, er hat so viel Geld, daß er es länger aushalten kann, als seine Ringkollegen. Und er ist in der angenehmen Lage, diese aufspeisen zu können, wenn sie durch den Boykott ruiniert sind. Die Frage ist bloß, wie weit die Aufopferung der Ring-Kollegen und Saalbesitzer für Herrn Mörike geht, und wie ihnen die Aussicht gefällt, schließlich in dessen kapital- und verdauungskräftigen Straußenmagen zu wandern. —

Aus Mecklenburg. Der Bund der Landwirthe und das Vereinsgesetz von Güstrow. Herr v. Blöb, der Bundespräsident, sowie Reichstagsabgeordneter v. Malhan-Molchow und andere hervorragende Mitglieder des Bundes der Landwirthe hatten sich vor dem Schöffengericht zu Güstrow wegen Uebertretung des mecklenburgischen Vereinsgesetzes zu verantworten. Das Vereinsgesetz von Güstrow datirt vom Jahre 1881. Daß es in die neue Zeit gar nicht mehr paßt, geht aus folgender Bestimmung hervor: „In Betracht der für die innere Ruhe und Ordnung Unseres Landes verderblichen Einflüsse, welche öffentliche Versammlungen und Vereine zu politischen Zwecken in den letzten verfloßenen Jahren ausgeübt haben und auszuüben noch jetzt fortfahren, verordnen Wir wie folgt: 1) Abhaltung von öffentlichen Versammlungen zu politischen Zwecken oder die Bildung von Vereinen zu politischen Zwecken darf nur mit Genehmigung Unseres Ministeriums des Innern geschehen. Wer an solchen Versammlungen, welche die erforderliche Genehmigung nicht erhalten haben, theilnimmt, verfällt neben jeder etwa sonst begründeten Abhandlung in eine nachdrückliche, der Beschaffenheit des Falles entsprechende Geld- und Gefängnißstrafe.“ Gegen diese Bestimmungen sollten die Herren v. Blöb, v. Malhan u. a. dadurch verstoßen haben, daß sie ohne besondere Erlaubniß der Behörde Versammlungen des Bundes der Landwirthe“ abhielten. Die Angeklagten wurden aber, soweit sie erschienen waren (daß Verfahren gegen den Bundespräsidenten v. Blöb-Möllingen, der, obgleich ordnungsmäßig geladen, nicht erschienen war, wurde ausgesetzt), freigesprochen. Das Gericht nahm zwar nicht an, daß der „Bund der Landwirthe“ keine politische Zwecke verfolgte, hielt aber die Versammlung, die nur für Mitglieder bestimmt gewesen, für eine nicht öffentliche. Aus diesem Grunde wurden denn auch einige Nichtmitglieder des Bundes, darunter mehrere Zeitungskorrespondenten, die sich der Berichterstattung halber in jener Versammlung eingefunden hatten, mit einer Geldstrafe belegt. So geschehen in Mecklenburg. —

Ein „anarchistischer“ Blechschmied schreibt aus Berlin in das Zentralorgan der Berliner „Anarchisten“ und des Herrn Hans Blum: das „Leipziger Tageblatt“ (Nummer vom 22. Juli):

Berlin, 21. Juli. Die Anarchisten werden also dabei bleiben, in absehbarer Zeit keine Volkerversammlungen mehr einzuberufen, dagegen werden sie sich mit lebhaftem Eifer auf die Gewerkschaftsbewegung werfen. Die Anarchisten sind der Meinung, daß bei den ökonomischen Kämpfen Korruptionsfolgen nicht zu befürchten seien: „Die ökonomischen Kämpfe verlangen allerdings im allgemeinen sehr viele persönliche Opfer und gewahren verhältnismäßig zu geringe Ehren und Vortheile, als daß sie so verführerisch wie der parlamentarische Wirken könnten.“ Auch über das Bedenken, daß die Gewerkschaften eine autoritäre zentralistische Organisation haben, werden sich die deutschen Anarchisten hinwegsetzen, ebenso wie es die englischen gethan, welche ja auch die Ansicht verfechten, daß die Gewerkschaftsbewegung, der ökonomischen Kampf, die beste Gelegenheit biete, die Massen mit revolutionärem Geiste zu erfüllen. Daß die Anarchisten in den deutschen Gewerkschaften Freunde haben, ist bekannt; denn trotz der schärfsten Achtandrodung von Seiten der sozialdemokratischen politischen Führer lassen einzelne Gewerkschaften, wie die der Schneider, Schuhmacher, Sattler, Klempner, ihre Versammlungsankündigungen regelmäßig in dem anarchischen Blatt erscheinen. Es ist schon vor Wochen der Versuch gemacht worden, in der Gewerkschaft der Metallarbeiter eine besondere revolutionäre (anarchistische) Gruppe ins Leben zu rufen. Zwar darf der Versuch im Allgemeinen als gescheitert gelten. Aber es traten doch für die Anarchisten Sympathien zu Tage, so daß erstere den Versuch wiederholen dürfen.

Unser Blechschmied, der in der reinen d. h. ausschließlichen Gewerkschaftsbewegung die beste Garantie gegen Korruption und Parlamentarismus erblickt, weiß also in seiner anarchistischen Herzen- und Wissensunschuld nicht, daß in dem Lande, wo jene Idee sich erfüllt hat, d. h. in England, die „reine und ausschließliche“ Gewerkschaftsbewegung zur schlimmsten Korruption und in den tiefsten Sumpf des Parlamentarismus geführt hat. Die englischen Nur-Gewerkschaftsleute sind belamlich im Schlepptau des kapitalistischen Liberalismus — was beiläufig unseren „anarchistischen“ Nur-Gewerkschaftlern auch passiren wird, wenn sie das Brett vor dem Schädels noch vertieren sollten. Zum Glück kommt es auf das halbe Duzend unsicherer Kantontisten nicht an. Die sozialistischen Gewerkschaften werden sich aber die „anarchistischen“ Pläne des Kapitalismus vom Hals zu halten wissen. —

Patriotismus und Schullektüre. Aus Regensburg wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: Es gehört heutzutage zu den erfreulichen Ausnahmen, wenn jemand in Fragen der Schulpolitik den Muth hat, eine Meinung

zu äußern, die zu dem durchschnittlichen Durrah-Patriotismus nicht recht passen will. Der hiesige Gymnasiallehrer Dr. Ortner hat dem Jahresberichte unseres Neuen Gymnasiums ein interessantes Programm beigegeben, das Bemerkungen zu Heinrich von Kleists Hermannschlacht als Beitrag zum Kapitel der Schullektüre enthält. Er geht dem Stücke, das wegen seines patriotischen Inhaltes vielfach als besonders passende Schullektüre erklärt wurde, scharf zu Leibe. Er erkennt die „Kraft der Sprache, die Größe einzelner Charaktere und die vielfachen Schönheiten im einzelnen“ warm an, findet aber in dem Stück „eine solche Fülle von Mängeln“, daß nicht nur der Mißerfolg auf der Bühne begreiflich, sondern daß es auch als Schullektüre wenig oder gar nicht geeignet erscheint. Er kritisiert die Mängel und Sonderbarkeiten in der Erzählung und der damit zusammenhängenden Charakteristik der Personen, weist auf die zahlreichen Verhänger und vor allem auf die Thatsache hin, daß es ein ausgesprochenes Tendenzstück zur Aufreizung und Entflammung der Deutschen gegen Napoleon ist. Schließlich fragt der Verfasser: Kann ein Drama, in dem die Tendenz den eigentlichen Gegenstand so überwuchert, noch Anspruch machen auf den Charakter eines reinen Kunstwerks? Kann ein Tendenzstück, das selbst unmittelbaren Zeitgenossen nicht entsprach, die Jugend unserer Zeit erziehen, welche die meisten Anspielungen garricht versteht? Der Verfasser beantwortet selbst ohne Rückhalt seine eigenen Fragen: „Während also Anders das Drama den Schülern dringend empfehlen zu sollen glauben, scheint es mir bei seinen großen Schwächen kein Verlust, sondern ein Gewinn, wenn das Stück aus der Reihe der in der Schule gelehrten verschwindet und durch ein gediegeneres ersetzt wird. Denn bei Beurteilung eines Kunstwerks haben wir nicht den patriotischen, sondern neben dem sittlichen lediglich den ästhetischen Maßstab anzulegen.“

Im Wesentlichen können wir mit dem Briefschreiber übereinstimmen. Wir glauben aber, daß es unter unseren Schulbüchern noch viele giebt, in denen ein noch viel roherer, obendrein durch keinen Kunstwerth gemilderter, Chauvinismus und Nordpatriotismus steckt, als in der „Hermannschlacht“.

Der soziale Papst. Der Papst hat, wie wir der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ entnehmen, an die österreichischen Bischöfe ein Schreiben gerichtet, worin er sich als denjenigen bezeichnet, dem Christus die Aufgabe übertragen hat, die Lämmer und Schafe zu weiden. Warum so viele dieser Schafe — ein vielleicht in sehr vielen Beziehungen treffender Ausdruck — hungern, wird in dem Schreiben nicht gesagt. Dagegen heißt es dort ganz aufrichtig: „Die bürgerliche Gewalt bedarf der Unterstützung der Religion, deren Aufgabe es ist, die Gemüther in Schranken zu halten.“ Der Papst bestätigt also, was wir Sozialdemokraten von der der Religion zugetheilten Aufgabe immer gesagt haben. Es ist nur merkwürdig, daß die Polizei und Gendarmerie ganz dieselbe Aufgabe hat — schreibt dazu unser Wiener Bruderorgan.

Der Dreibund gerettet. In einem Privatgespräch mit Camille Perier, dem Präsidenten der französischen Republik, sollte der italienische Minister Bonghi sich mißfällig und geringschätzig über den „Dreibund“ ausgesprochen haben. Das wird jetzt feierlich widerrufen. Bonghi braucht also nicht mehr zu zittern!

Mit einer Komödie niederster Sorte schloß gestern die parlamentarische Session in Italien. Nachdem die zweite Kammer sich im Bewußtsein der gemeinsamen Panama-Schuld mit dem Oberpanamist und Buchhändler Crispi verständigigt hatte, mußten noch einige Förmlichkeiten mit dem Senat, diesem fünften Rade am Wagen, erledigt werden. Natürlich sagten die Senatoren und auch Panamisten Ja und Amen! und als gestern das Opfer der italienischen Freiheit vollendet war, da spielte sich folgende Szene ab, die wir getreu nach dem Telegramm schildern:

Der Senator Dvaloto dankte Namens der Senatoren dem Vorsitzenden für die umsichtige Leitung der Verhandlungen und wünschte Crispi, dessen Leben dem Vaterlande geweiht sei, Kraft und Gesundheit für lange Zeit. Crispi schloß sich Namens der Regierung der Dankesrede für den Präsidenten des Senats an und sprach dem Senat in warmen Worten seinen Dank für die seiner Person dargebrachten Wünsche, sowie besonders für die ihm in der letzten Zeit gewährte Unterstützung aus, ohne welche das Werk nicht vollendet worden wäre, das man lange vergebens angestrebt. Der Senat habe Anspruch auf den lebhaftesten Dank der Regierung; Italien könne stolz sein auf seinen König und sein Parlament. (Lang anhaltender lebhafter Beifall. Das Haus erhebt sich von den Sitzen.) Nach warmen Worten des Dankes seitens des Präsidenten schloß derselbe unter lebhaftesten Klänge der Ergebenheit für den König und die Dynastie die Sitzung. Der Senat vertrat sich danach auf unbestimmte Zeit zum Austritt der Sommerferien.

Und während Crispi und seine Helfershelfer „auf unbestimmte Zeit“ Sommerferien halten, stirbt das italienische Volk Hungers.

Ein Musterpfaffe. Durch die Zeitungen geht folgende Notiz:

Während eines Zeitraumes von sechs Jahren, von 1884 bis 1890, begleitete der Abbé Faure als Weisklicher des Gefängnisses de la Roquette zu Paris zwanzig zum Tode verurtheilte Mörder auf ihrem letzten Gange und hinterließ bei seinem Tode über seine Erfahrungen und Beobachtungen in dieser Eigenschaft Aufzeichnungen, die nun vor Kurzem von seinen Verwandten veröffentlicht worden sind. Aus diesen Erinnerungen des Seelsofger's, die in Frankreich ein ganz außerordentliches Interesse nachgerufen haben, sei hier eine Stelle wiedergegeben, die sich auf die Todesstrafe bezieht: „Um richtig die Wirkung abschätzen zu können, welche der Gedanke an die Hinrichtung auf die zum Tode Verurtheilten ausübt, genügt es, die Haltung eines Verbrechers am Vorabend und am Morgen der Verurteilung seiner Strafe in lebenslängliche Haft mit einander zu vergleichen. Ein solcher, den ich während der vierzig Tage seiner Fellenhaft in La Roquette beständig kront, vor Hunger zitternd, ohne Appetit und Schlaf gelitten hatte, war mit einem Male wie umgewandelt, als ihm seine Begnadigung mitgeteilt wurde. Er sprach von seiner Reise nach Ruinea (französische Verbrechenskolonie) wie von einer Vergnügungsfahrt und machte allerlei Zukunftspläne, indem er sich sogar von seinem guten Betragen eine völlige Begnadigung versprach. Da ich mehrere Male Gelegenheit gehabt habe, bei Mördern, welche der Todesstrafe entgingen, dieselben Beobachtungen zu machen, so glaube ich zu der Schlussfolgerung berechtigt zu sein, daß diese Strafe die einzige ist, die allein wirkliches Entsetzen einflößt; was aber diejenigen betrifft, die sie nicht erleben lassen müssen, so genügt einem nicht vorzuzugewonnenen Geist ihr bloßer Anblick im verhängnisvollen Moment, um den Schrecken ihrer Seele zu errathen. Ich glaube nicht, daß es ein erschütternderes Schauspiel giebt, als dasjenige eines solchen Unglücklichen, mit wie christlicher Ergebenheit er sich auch in sein Schicksal fügen mag, während der kurzen und doch so schrecklich langen Zeitpanne, die von den Vorbereitungen zur Hinrichtung in Anspruch genommen wird. Deshalb zögere

ich nicht, es als meine Ueberzeugung auszusprechen, daß, welche Strafe man auch an Stelle der Todesstrafe setzen möge, sie doch niemals eine so heilsame Furcht wie diese einflößen kann.“

So spricht ein Prediger des Christenthums, dessen Stifter gesagt hat: Wer das Schwert zieht, soll durch das Schwert umkommen.

Polizei-Anarchistisches. In der Pariser Polizei hat es plötzlich große Veränderungen gegeben. Zwei der bekanntesten Geheimpolizisten sind knall und fall entlassen worden, und der Chef der französischen Geheimpolizei, der berühmte Mons. Goron, ist nicht mehr in seinem alten Dienst. Er funktioniert noch, aber an anderer Stelle. Man sucht die Sache zu vertuschen; und hat auch Grund dazu. Die Ursache dieser Veränderungen liegt nämlich darin, daß die Zugehörigkeit der meisten jetzt verhafteten Anarchisten zur Polizei an den Tag gekommen ist. Gerade im jetzigen Moment ist diese Entdeckung doppelt fatal. — Um das Maß des Pech's der Lockspitzelväter voll zu machen, wird jetzt von dem amtlichen Blatt Belgiens erklärt, der internationale Lockspitzel „Unger-Sternberg“ sei doch verhaftet. O Jerum! —

Paul Reclus, ein Bruder des bekannten auch-anarchistischen Gelehrten und Professors Elise Reclus, wird seit Monaten in allen Zeitungen als ein Freund (Kochtopf) Baillants, als einer der gefährlichsten „Anarchisten“ der „That“ hingestellt, und jetzt sogar, als Teilnehmer an anarchistischen Verschwörungen stückweise verfolgt. Wir trauten der Sache von Anfang an nicht, da wir den platonischen und wissenschaftlichen Charakter des „Anarchismus“, der Familie Reclus kennen, der noch um ein Beträchtliches zäher ist, als der das Auch-Frenhändler's Rische, des Lieblings unserer morphiumschütigen Bourgeois-Blasirten männlichen und weiblichen Geschlechts. Wir haben uns nicht getäuscht. Der „Figaro“ — das Zentralorgan des korruptesten Kapitalismus, ist zugleich das Zentralorgan des Anarchismus, was übrigens ganz folgerichtig — veröffentlichte einen Brief von Paul Reclus, worin dieser jede Gemeinschaft mit den anarchischen „Thaten“ zurückweist, sein Verhältnis zu Baillant und den Anarchisten als ein rein philanthropisches erklärt, und das naive — beifällig recht „anarchistische“ — Geständnis macht, nach der Verhaftung Baillants sei er, weil er aus Zeitungsnutzen gemerkt habe, man wolle ihn in die Sache hineinziehen, in so entlegene Gegenden geschickt, daß er von den schrecklichen Dingen, die neuerdings über ihn erzählt wurden, gar nichts erfahren habe.

Nun, vor Herrn Paul Reclus braucht die bürgerliche Gesellschaft nicht zu zittern.

Das Schicksal der „verbrecherischen Gesetze“ ist in Frankreich über Nacht unsicher geworden. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die sich mehr und mehr gegen dieses Gesetz wendet, hat die Kammer verschiedene Amendements angenommen, die nicht nach dem Geschmack der Regierung sind. Diese hat nun erklärt, sie bestrebe auf dem zwischen ihr und der Kommission vereinbarten Text mit den von ihr gebilligten Amendements, der Justizminister Guerin hat sogar die Kabinettsfrage gestellt.

Thatsache ist: am Sonnabend war die Regierungsmehrheit schon sehr zusammengekrümpt, und am Tag vor dem ersten Sturz Dupuy's schien das Cabinet mindestens so fest zu stehen, als heute. Frankreich ist das Land der Uebertragungen. Und die Vertheidiger der „verbrecherischen Gesetze“ haben in den Debatten der vorigen Woche eine gar klägliche Rolle gespielt.

Das neueste Telegramm lautet:

Paris, 28. Juli. Deputirtenkammer. In der heutigen Vormittags-Sitzung wurde die Berathung des Anarchistengesetzes fortgesetzt. Der Berichterstatter theilte den neuen Text des Artikels II mit. Der Ministerpräsident Dupuy forderte die Kammer auf, als Zeugnis ihres Vertrauens dieser Entscheidung zuzustimmen und alle Amendements zu verwerfen. Brisson, Goblet, Raquet und Bourquery protestirten gegen die Erklärungen Dupuy's, welche sie als verfassungswidrig und als einen neuen 2. Dezember bezeichneten. (Raquet und Bourquery erhielten den Ordnungsruf.) Hierauf wurden zwei Unteranträge Carpentiers, monach niemand wegen eines Privatbriefes oder in seiner Wohnung geführter Reden soll verfolgt werden können, mit 297 gegen 168, beziehungsweise 288 gegen 176 Stimmen abgelehnt und die weitere Berathung auf Nachmittags vertagt.

Von Krieg zwischen China und Japan spricht ein Gerücht. Es wird aber nicht so schlimm sein. Die Engländer und Russen, die bei diesem Handel hinter den Kulissen arbeiten, werden es wohl kaum zum Neupfersten kommen lassen.

Parteinachrichten.

Von der Agitation. Der Reichstags-Abgeordnete Fröh vertritt aus Steintin wird im Monat August eine Reihe von Vorträgen in der Provinz Schlesien halten.

In Lindenau bei Köhlschroda an der Elbe sprach Frau Eichhorn aus Dresden über das Thema „Die Frau und der Sozialismus“. Der Versammlung wohnten auch viele Frauen bei. Als die Rednerin auf den Dresdener Kaiser-Prozess zu sprechen kam, verbot ihr das der überwachende Beamte mit der Drohung, er werde ihr sonst das Wort entziehen. Frau Eichhorn protestirte dagegen, ausföhrnd, daß es gewiß sehr „gerecht“ sei, wenn man uns über ein Gerichtsurtheil nicht einmal sprechen lasse, und die Versammlung gab durch stürmischen Beifall zu erkennen, daß wenn das Dresdener Urtheil auch ein „Meisterstück“ juristischer Listerei sein mag, es vom Volke doch als weiter nichts denn als bares Auzrecht empfunden wird.

Ueber das Thema „die Aufwendungen für die Marine und welchen Nutzen hat die Arbeiterschaft davon“ referirte Reichstags-Abgeordneter Legie in einer von etwa 2500 Personen besuchten Volksversammlung in Kiel. Nachdem er unter großem Beifall die ablehnende Haltung begründet hatte, die unsere Partei auch gegenüber dem Marine-Etat einnehmen muß, verurtheilte der Redakteur der „Nord-Offsee-Zeitung“, Herr Schwudom, die Versammlung davon zu überzeugen, daß gerade weil in Kiel die Marine der Lebensnerv des wirtschaftlichen Lebens sei, nicht die Ablehnung, sondern die Bewilligung der Schiffsbauten Pflicht des Abgeordneten gewesen wäre. Dieses Argument der Arbeiterschaft verurtheilte bei der Volksversammlung aber um so eher seinen Zweck, als den Arbeitern Kiels die Verhältnisse der dortigen Werft noch sehr verbesserungsbedürftig erschienen. Kurz, das Ende war, daß die Versammlung der Antwort Belgiens rauschenden Beifall zollte.

In Solingen sprach Reichstags-Abgeordneter Schumacher in einer Volksversammlung gegen die von den Gemeindegemeinschaften beschlossene Bier-, Klavier- und Fahr- rad-Steuer. Die Versammlung kam zu dem Entschluß,

daß in der nächsten Versammlung mit der Agitation für die im Herbst vor sich gehenden Kommunalwahlen begonnen werden soll.

Ein neues Mene Tekel für die sächsische Regierung ist der Ausfall der Gewerbe- und Handelswahl in der aus ländlichen Orten bestehenden Amtshauptmannschaft Dresden-Kreuzfeld. Die Kandidaten unserer Partei errangen in der Klasse der Arbeitervertreter ungefähr das Fünftache der Stimmen, die die Gegner erhielten. Auf die einzelnen Bezirke vertheilten sich die Stimmen wie folgt: Radebeul 162 St., 22 Gegner, Pieschen 108 St., 86 Gegner, Uebigau 86 St., 22 Gegner, Laubegast, Blasewitz, Köhlschroda, Köschwitz und weitere Ortschaften 106 sozialdemokratische Stimmen und 22 Gegner. Dieser Sieg unserer Partei zeigt wieder, daß alle Versuche der alten Gesellschaft, die Sozialdemokratie zu vernichten, verlorenes Niesemännchen sind.

Ueber die Bekämpfung der Arbeiter-Turnvereine durch die sächsischen Behörden wird dem „Chemnitzer Beobachter“ geschrieben: „Es mühte eigenartig an, wenn jedesmal in der Begründung bei Auflösung eines Arbeiter-Turnvereins betont wird, der in Hohenstein-Ernstthal statigefundene Turntag habe sich mit öffentlichen Angelegenheiten — mit Politik — befaßt. Wer ein Protokoll dieses Turntages gelesen hat (dasselbe ist gedruckt zu haben), wird sich fragen: Wo ist bei allen Verhandlungen Politik zu finden und was ist denn eigentlich eine öffentliche Angelegenheit? Der Turntag war bei der dortigen Behörde angemeldet und wurde von zwei Beamten, wovon einer in Uniform, überwacht. Keiner der Herren hat in irgend einer Weise Ursache gehabt, eine Bemerkung über dies oder jenes nicht zur Sache gehörige zu machen. Sollten denn die in der Tagesordnung stehenden Worte „Organisation und Agitation“ gar so einen gefährlichen Klang haben, oder sollten sie schon eine öffentliche Angelegenheit oder gar schon Politik sein? Man lese im Protokoll das über diesen Punkt Verhandelte nach und man wird nicht das mindeste finden. Eigenthümlich nur war es, daß kurz nach dem Turntag die unparteiischen Dresdener „Neuesten Nachrichten“ eine kurze Notiz über denselben brachten, worin am Ende gesagt wurde, daß empfohlen worden sei, sich den sozialdemokratischen Gewerkschaften anzuschließen. Eine eingefandte Berichtigung dieser Unwahrheit hat das Blatt nicht angenommen. — Weiter ist zu bemerken, daß der Turntag sammt der Tagesordnung öffentlich ausgeschrieben war, die Behörde demzufolge schon vorher wissen mußte, ob ein Verstoß gegen das Vereinsgesetz vorlag; sie konnte demgemäß schon vorher ihre Maßnahmen treffen, um nach den Auflösungsgründen angenommen, etwas Ungeheures zu verhindern. Der Turntag hat sich nur mit turnerischen Angelegenheiten befaßt, alles drehte sich nur um die Förderung der freien Turnsache, was wohl manchem Menschenkind nicht angenehm sein mag, aber doch noch lange nicht eine politische That ist. Man sehe sich hierbei doch einmal den schönen antisemitischen Aufruf betreffs des deutschen Turnfestes in Breslau an und man wird sich fragen: Ist das Politik oder keine? In unseren freien Turnvereinen wird keinem Mitgliede vorgeschrieben, wie es denken soll, wir kommen nur zusammen, um zu turnen, um den Körper zu kräftigen, zu stärken. Maul-, Bier- und Staffageturner und sogenannte Bäderberger und Durrah-schreier freilich können wir nicht brauchen, und dies mag es in der Hauptsache sein, daß man uns so gram ist.“

Wenn man in Sachsen schon zur Liege greift, um den Philister auf die Auflösung einiger harmloser Turnvereine vorzubereiten, so kann man sich vorstellen, wie zwischen den grünweißen Grenzpfählen erst gelegen wird, wenn es sich um größere Aktionen gegen die Arbeiter handelt. Und das, wenn auf dem Ernstthaler Turntage wirklich zum Anschluß an die Gewerkschaften aufgefordert worden wäre — wozu die Gewerbe-Ordnung unseres Erachtens jederzeit das Recht giebt — dies in Sachsen hinreichend soll zur Auflösung einer ganzen Reihe von Vereinen, ist genügend, um die unfähliche Bedrückung zu charakterisieren, worunter dort die Arbeiterschaft leben muß.

Todtulle der Partei. In Krefeld ist am 20. Juli der Parteigenosse Louis Nische gestorben. Er war aus Langenbielau in Schlesien gebürtig und lebte seit 10 Jahren in Krefeld, wo er ununterbrochen für Verbreitung der Grundsätze unserer Partei wirkte. Als unter dem Ausnahmegesetz die politische Bewegung etwas zurückgedrängt wurde und die Parteigenossen sich in den Gewerkschaften zusammen fanden, war Nische längere Zeit Vorsitzender des Manufakturarbeiter-Vereins. Später wurde Nische Vertrauensmann der politischen Partei. Zu verschiedenen Malen ist er Delegirter auf politischen wie Gewerkschafts-Kongressen, zuletzt noch auf der General-Versammlung des deutschen Textilarbeiter-Verbandes in Hof gewesen. Am 12. Februar 1894 wurde er zum Vizepräsidenten des Gewerbegerichts gewählt, hat aber, da er kurz nachher erkrankte, außer der Plenar-Sitzung keiner Sitzung beiwohnen können. Wir verlieren in Nische einen treuen Genossen.

In Eger i. B. ist der thätige Parteigenosse Hermann Bent, Obmann der Bezirkskrankenkasse und Kreisaußschußmitglied der Partei, am 14. Juli gestorben. Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen gaben ihm das letzte Geleit.

Volksrechtliches, Gerichtliches etc.

— In Finsterwalde wurde der Vertrauensmann Bommel vom Schöffengericht zu 20 M. Geldstrafe oder 4 Tagen Haft verurtheilt, weil er in einer Versammlung gesagt hatte, bei der Entlassung eines Parteigenossen aus dem Arbeitsverhältnis habe wahrscheinlich die Stadtoberhaupt die Hand im Spiele gehabt. Der betreffende Unternehmer hatte beschworen, daß der Bürgermeister ihm mittheilte, der jetzt Entlassene sei Vorstandsmittglied des sozialdemokratischen Vereins, das Gericht erkannte aber doch dahin, der Wahrheitsbeweis sei nicht vollständig erbracht. Was für einen Grund mag aber der Bürgermeister gehabt haben, einer Privatperson etwas mitzuthellen, wovon er doch wohl nur am wenigsten Kenntniß erlangt haben konnte?

— Wegen Beleidigung zweier Lehrer in Dramsche, die in der Schule vor unserer Partei gewarnt haben, was die Schüler zum Widerspruch veranlaßte, wurde der Redakteur des in Bant erscheinenden „Norddeutschen Volksblatts“ vom Oldenburger Landgericht zu 150 Mark Geldstrafe und zu den Kosten verurtheilt. Der Gerichtsvorsteher soll es gebilligt haben, daß in der Schule über die Sozialdemokratie gesprochen werde, um das „Gemeingefährliche“ unserer Partei darzutun. Wenn sich der Richter in diesem Sinne geäußert hat, so mag er sich gesagt sein lassen, daß das der sicherste Weg ist, um der Sozialdemokratie schon die jugendliche Intelligenz anzuführen.

— Bei der Verurteilung des Parteigenossen Herzog in Reichenbach i. B. wurde ein Kranz mit rother Schleife nicht getragen — das wäre nach sächsischem „Recht“ als „Tragen republikanischer Abzeichen“ strafbar gewesen, sondern auf dem Reichenwagen mit nach dem Friedhofe gefahren. Darauf ließ sich also offenbar keine Anklage führen. Nachdem der Kranz seine Bestimmung erreicht hatte, nahm einer unserer Parteigenossen die Schleife ab, um sie der Familie zu übergeben. Vermuthlich hat er sie nicht in unbedachtigtes Papppapier gewickelt, sondern offen in der Hand getragen. Nun war es ein Tragen republikanischer Abzeichen“ und er muß, wenn das Schöffengericht der Polizei zustimmt, auf 1 Woche hinter Schloß und Riegel. Man sieht, die sächsische Polizei ist „schre helle“, wenn es sich um — republikanische Angelegenheiten handelt.

— Gegenüber der Praxi der sächsischen Polizei, die in gewerkschaftlichen Versammlungen nur die dem betreffenden Berufe selbst angehörigen Referenten sprechen lassen will, sei auf die in diesem Punkte recht sympathische Handhabung des Versammlungsgesetzes in Bremen hingewiesen. Dort antwortete die Polizeidirektion auf die Beschwerde des Leiters einer Bäcker-Versammlung: „Auf Ihre Eingabe bemerke ich, daß die Auffassung des zur Ueberwachung Ihrer Versammlung beauftragten Polizeikommissärs, daß in der gemeldeten Bäcker-Versammlung nur Angehörige des Bäckergewerbes zum Referat zugelassen werden könnten, — und die durch diese Auffassung bedingte Erziehung des Kommissärs, er werde die Versammlung beim Austritte anderer Redner schließen — mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht vereinbar ist, und deshalb von mir bereits am 16. d. Mts. als irrig und unzulässig dem betreffenden Polizeikommissär verwiesen worden ist.“ Hinzugefügt sei noch, daß im sächsischen Gesetz ebensowenig wie im bremischen etwas steht, was die erwähnte Schmälerung der Redefreiheit bei unbefangener Beurteilung rechtfertigen könnte.

— Immer noch „Sächsisches“. In Werdau wurde, wie die „Neuphische Volkszeitung“ meldete, eine Volksversammlung aufgelöst, weil der Referent Wolf am Anfang seiner Rede das Wort „Bibel“ gebraucht hatte. Ueber das Buch der Bücher wollte der überwachende Beamte nicht sprechen lassen. Danach ist man im protestantischen Sachsen auf dem besten Wege, wieder mittelalterlich katholisch zu werden.

— Redakteurfreunde. Redakteur Adolf Thiele in Würzen hatte am 21. Juli eine einmonatige Gefängnisstrafe verbüßt. Bereits diese Woche muß er wieder hinter Schloß und Riegel, um dort sechs Wochen zuzubringen.

Soziale Uebersicht.

Die Abschaffung der Nindigungsfristen wird im Fabrik-Inspektionsbezirk Köln a. Rh. nach dem Bericht des Gewerbe-Verkehrs allgemein von den Arbeitern wenigstens der Orte angestrebt, wo es mannigfache Arbeitsgelegenheit giebt. Auch die Unternehmer schienen sich mehr und mehr dieser Richtung anzuschließen. Nur etwa in der Hälfte der Betriebe gäbe es noch eine Nindigungsfrist. — Als feinerzeit Rebel im Reichstage den Wegfall der Nindigungsfrist für die Industrie-Arbeiter forderte, wurde ihm gesagt, das liege nicht im Interesse der Arbeiter. Wie das rheinische Beispiel zeigt, ist die Aufhebung der Nindigungsfrist gerade ein Vortheil für beide Theile, den Arbeiter und den Unternehmer.

In den Anstaltsgesellschaften der bürgerlichen Frauenwelt ist bekanntlich das Thema „Unsere Diensthöten“ beliebter Gegenstand der Durchscherelei, während es die Spoken von den Dächern pfeifen, daß in der Regel jene Mädchen am meisten über ihre weißen Sklavinnen herziehen, die von der Hauswirtschaft selber am wenigsten verstehen und deshalb die Arbeit der Diensthöten gar nicht zu tagen wissen. Thatsächlich ist die Stellung, die der Diensthöte unter der Arbeitererschaft einnimmt, die gedrückteste, ungenügende Kost, elende Behausung, geringer Lohn und nichtswürdige Behandlung sind, wie jeder weiß, nur allzu häufig sein Loos, und rechnet man dazu, daß das Gesetz dem Diensthöten noch das Recht giebt, den Diensthöten zu züchtigen, so erklärt es sich von selbst, warum in unserer nach Freiheit ringenden Zeit so viele Mädchen Bedenken tragen, in Dienst zu gehen. Das Bürgerthum ist natürlich schnell fertig mit dem Wort, die persönliche Freiheit höher schätzen zu lernen als das Sklavendasein des Diensthöten, wo es unter Umständen auch noch die Gesundheit oder gar sein Leben einbüßt, wie in folgendem Fall. In Sondershausen hat man den Oberförster Zerlach und dessen Frau in Haft nehmen müssen, weil sie durch scheußliche Mißhandlungen den Tod ihres sechsjährigen Dienstmädchens Anna Köhler aus Gotha verschuldet hatten. Der Arzt, den die beiden Menschenkinder aus Angst schließlich doch herbeiriefen und den sie durch listigerische Vorspiegelungen zu täuschen versuchten, war ein christlicher Mann. Derselbe heißt der Bräve. Er setzte die Staatsanwaltschaft von dem graufigen Vorfall in Kenntniß. Das Dienstmädchen war zwar nicht mehr vernunftfähig — es starb bald danach — aber der wunderbare Körper der Unglücklichen war Zeugniß genug. Wie das „Gothaische Volksblatt“ berichtet, stand das Verlassene Ehepaar im Geruche großer Freumdlichkeit. Es ging Sonntags zweimal zur Kirche und die Frau ist überdies die Tochter eines Pfarrers. In diesem Falle wird der Diensthötenwelt hoffentlich einmal die Genugthuung werden, daß zwei ihrer Tyrannen der verdienten Strafe nicht entgehen, aber in wie vielen Fällen vergehen sich „Herrschaffen“ gegen ihre Diensthöten, ohne daß diese, mangels juristisch gültiger Beweise, die Möglichkeit haben, zu ihrem Rechte zu kommen! Ohne Aufhebung der Gesinde-Ordnungen ist keine Öffnung, daß es hierin besser wird. Mächten deshalb alle Eltern, die ihre Töchter in Dienst schicken wollen, die dahin gerichtete Forderung unserer Partei unterstützen. Namentlich mögen die Mütter mit dafür wirken. Leider hört man gar zu oft von diesen die Aeußerung, sie hätten's im Dienst auch schlecht gehabt, warum sollten's ihre Töchter besser haben? Das heißt die Elternpflicht verletzen, und man kann ihnen nur erwidern: Was uns noth ist, uns zum Heil, ward gegründet von den Vätern; aber das ist unser Theil, daß wir gründen für die Späteren.

Die gewerkschaftlichen Stellenvermittler Leipzigs fühlen den Boden unter ihren Füßen wanken. Der Stadtrath hatte die Gewerkschaften um Einreichung statistischen Materials über ihre Arbeitsnachweis-Verhältnisse ersucht, und richtete den gleichen Wunsch an die privaten Stellenvermittler. Sie sollten ihm die Zahl der seit drei Jahren vermittelten Stellen und die Höhe der dafür berechneten Gebühren angeben. Der Stadtrath bezweckt dabei, alle diese Angaben bei der Gründung einer städtischen Arbeitsnachweis-Anstalt zu verwenden, die man unter Umständen erreichen will. Durch den kommunalen Arbeitsnachweis würden natürlich die privaten Stellenvermittler ihrer jetzigen behaglichen Existenz wenigstens zum Theil verlustig gehen. Sie haben daher in einer Versammlung beschloffen, bevor der Aufforderung des Rathes nachgegeben werde, diesen erst um Angabe des Zweckes der geforderten Mittheilungen zu ersuchen. — Wie lukrativ das private Stellenvermittlungsgeschäft sein mag, läßt sich ahnen, wenn man hört, daß in Leipzig gegen 50 Bureaus dieser Art vorhanden sind. Die Ausbeutung der Arbeitslosen durch diese Bureaus ist so groß, daß, wie der „Wähler“ berichtet, bereits Stimmen laut wurden, die den Rath zur Schließung sämtlicher privater Stellenvermittlungsbureaus aufforderten.

Ein schlechtes Zeugniß stellt die „Deutsche Fleischerzeitung“ der jetzigen Gesellschaftsordnung aus, indem sie in einem Artikel, überschrieben „Ein offenes Wort“, von den Fleischern meißern sagt: „Gar mancher weiß zum großen Theile selbst nicht, wie und wo seine Kinder im Kampfe ums Dasein stehen werden.“ Gleichwohl muthet das Blatt den Fleischern an, für dieselbe verlebte Gesellschaftsordnung einzutreten, die nicht einmal den Familien der Meister eine sichere Existenz in Aussicht stellen kann.

In den 6000 Unterschriften der in den sächsischen Bergwerken zirkulirenden samens Gegenpetition, die, wie bekannt, die Wirkung einer vom sächsischen Bergarbeiter-Verbande an Landtag und Regierung gesandten Petition ausüben soll, bemerkt das Organ des Verbandes, der „Glück auf“: „Es mag sein, daß man sowohl Unterschriften erhalten hat, aber fragt mich nur nicht wie. Die Petition des Verbandes hatte 11 760 Unterschriften gefunden, aber auf ehrliche, reelle Weise,

ohne jedweden Zwang. Auch hat die Verbandspetition im Altenberger Revier und im hinteren Freiburger Bezirk, sowie in der Lausitz nicht zirkulirt, ferner waren in den anderen Revieren noch Tausende mit den Forderungen, welche die Verbandspetition enthält, einverstanden, haben aber ihren Namen aus Furcht vor Maßregelungen nicht unterzeichnet. Was wollen da die 6—7000 Unterschriften besagen, die die Gegner bis jetzt mit allen möglichen Mitteln zusammengeschleppt haben?“

Wegen der Behauptung der Grubenverwaltungen Rheinlands Westfalens, die Unzufriedenheit unter den Bergleuten sei nur das Werk „sozialdemokratischer Oeher“, worunter man den Bergarbeiter-Verband versteht, ist eine Stelle des bereits erwähnten Aufsatzes der „Christlichen“ Bergleute besonders bemerkenswerth. Es heißt da: „Kameraden! Schon seit längeren Monaten macht sich wiederum eine stetig steigende Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern des niederrheinisch-westfälischen Kohlenreviers bemerkbar, die ihren Grund hauptsächlich in dem fortwährenden Rückgange der Löhne, der längeren und härteren Arbeit, den Feuerschichten, sowie auch den reformbedürftigen Verhältnissen des Knappschaftswesens hat.“ — Verdrießlich es noch eines Beweises dafür, daß der Verband deutscher Bergleute durch und durch berechnigte Interessen verfolgt, diese eine Stelle hätte ihn erbracht.

Gewerkschaftliches.

Abnung, Metallarbeiter Berlins! Am 1. August, Abends 8 1/2 Uhr, wird im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstraße 4a, eine öffentliche Versammlung abgehalten, in der die Zustände in den Fabriken von Nitz u. Genest, Frister u. Rossmann, Aktien-Gesellschaft vorm. Suhl, Joseph, Schulz (Hafenstraße), Voermann, Gebr. Nagels, Reß u. Martin, Falbe (Mantuffelstraße) und der Gasmehrabtheilung der Englischen Gasanstalt einer Kritik unterzogen werden sollen. Die Kollegen werden ersucht, an den Unterzeichneten diesbezügliches Material gelangen zu lassen und für den Besuch der Versammlung reger zu agitieren. Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter, Otto Näher, N., Anklamersstr. 44.

Abnung! Händler und Händlerin Berlins. Die Freie Vereinigung der Lokal- und Straßenhändler und -Händlerinnen fordert sämtliche Kollegen und Kolleginnen hiermit auf, zum Zwecke der Aufnahme einer Statistik, ihre sämtlichen entbehrlichen Straßmandats an folgenden Stellen abzugeben: M. Suther, Wollmstr. 69, v. 2 Tr.; H. Saff, Birtenstr. 20, v. 3 Tr.; Wille, Andreasstr. 26; K. Nadler, Mantuffelstraße 51, Hof. 2 Tr. 3. A.; M. Suther.

Den Töpfern (Hainern) und Berufsgenossen sowie den Biegelarbeitern aller Länder macht die durch Karl Jahake (Berlin, Putzstr. 44, v. 1.) repräsentirte Kommission der Töpfer Deutschlands den Vorschlag, mit dem im September d. J. in Göttingen tagenden Töpferkongress eine internationale Konferenz zu verbinden. Dänemark, Deutschland, Oesterreich, Rumänien, die Schweiz, Schweden und Norwegen und Ungarn sollen dazu je 1 Delegation entsenden. Zweck der Konferenz ist: eine Verhandlung herbeizuführen, wie in Zukunft der Organisationslosigkeit derjenigen Kollegen entgegenzutreten ist, die nach ihrer Auswanderung nach anderen Ländern die bestehenden Organisationen einfach ignorieren. Die Zahl solcher soll in den verschiedenen Ländern nach Tausenden zählen. Weiter soll darüber Arbeit geschaffen werden, wie die organisirten Kollegen, die als Ausländer in dem einen oder anderen Lande zureichen, zu behandeln sind (z. B. Ausgleich der gegenseitigen Verpflichtungen untereinander), ferner soll über die gegenseitigen Unterstützungen bei Streiks und Ausperrungen verhandelt werden. Alle Anfragen sind an den obengenannten Kollegen zu richten.

In Erfurt legten am 19. Juli 15 Steinmetzen des Steinmetzmeisters Walther aus Apolda, der sie auf einem Plage in Erfurt beschäftigte, wegen überaus niedriger Arbeitslöhne die Arbeit nieder.

Verendet ist der Streik, der in der Möbelfabrik von Wähig und Sengstade in Rabenau i. S. ausgebrochen war.

Eine erfreuliche Neuigkeit kommt aus Altenburg. Am 2. Juli forderten dort sämtliche Arbeiter der Ungarischen Harmonika-Fabrik schriftlich die zehnständige Arbeitszeit und bessere Bezahlung der Ueberstunden. Nach kurzem Besinnen bewilligte es Herr Unger, und hinsichtlich der Ueberstunden erklärte er sich sogar zu einem höheren Zuschlag bereit, als die Arbeiter verlangt hatten. Weiter versprach er, daß er bei Arbeitsmangel niemand entlassen, sondern kürzere Zeit arbeiten lassen werde. Auch über die Arbeitsordnung wurde ein befriedigender Ausgleich erzielt. Wir können nur wünschen, daß Herr Unger recht viele Nachfolger finden möchte, denn so viel wir wissen, ist es gerade in der Musikinstrumentenbranche um die Arbeiterverhältnisse äußerst übel bestellt.

Ein Kongress der Bergleute Deutschlands wird von der „Bergarbeiter-Zeitung“ angekündigt. Zeit und Ort sollen später angegeben werden.

Ein zweijähriger Waffenstillstand ist vom Bergarbeiterbund und den Zeichenbesitzern Großbritannien abgeschlossen worden. Die beiden Parteien kamen, wie der „Frankf. Jg.“ geschrieben wurde, am 19. Juli dahin überein, daß vom 1. August dieses Jahres bis zum 1. Januar 1896 die Löhne unverändert bleiben und 30 pCt. über dem als Normallohn angenommenen Lohne von 1888 sein sollen, ferner, daß vom 1. Januar bis 1. August 1896 die Löhne von einem Einigungsamt festgesetzt werden sollen innerhalb der Grenzen von 30—45 pCt. über jenen 1888er Normallohn. Den Preis für diese dem allgemeinen geschäftlichen Leben zu Gute kommenden Vortheile haben für den Augenblick wenigstens die Bergleute zu zahlen, denn der neue vereinbarte Lohn ist um rund 7 pCt. niedriger als der von ihnen seit 1891 bezogene. Den Führern des Bundes, meint die „Frankfurter Zeitung“, ist es gewiß schwer genug gefallen, sich zu einer solchen Lohnherabsetzung zu verstehen, nachdem sie erst im vorigen Sommer und Herbst jenen gewaltigen Streik gegen jede Erniedrigung der Löhne geführt haben, und unter den Bergarbeitern selbst existirt, wie sich aus den Abstimmungen und noch deutlicher vielleicht aus den massenhaften Stimmhaltungen über diese Frage ersehen läßt, eine sehr große Widertheit. Die mit dem Vorgehen ihrer Führer nicht einverstanden ist. Allein die Führer haben jedenfalls sehr weise gehandelt, und je größer die Veruchung für sie war, auf ihrem alten Standpunkt der Verweigerung jedweder Lohnreduktion zu beharren, desto größere Anerkennung verdient es, daß sie die wirkliche Sachlage richtig erkannten und derselben Rechnung getragen haben. Denn wenn auch gegenwärtig die Bergarbeiter diejenigen zu sein scheinen, die die Kosten des Friedensvertrages zahlen müssen, so darf man nicht außer Acht lassen, daß sie einer ähnlichen und vielleicht erheblicheren Herabsetzung der Löhne in keinem Falle entgangen wären. Die Grubenbesitzer hatten bereits eine dementsprechende Forderung gestellt, wobei sie sich auf die gegenwärtigen Kohlenpreise beziehen. Das Einigungsamt, das die Lohnsätze bis zum November zu bestimmen hatte, würde wahrscheinlich den Eigentümern Recht gegeben haben, und wenn die Bergleute sich nicht gefügt hätten, würde nur ein abermaliger Ausstand die Folge gewesen sein. Wie ein solcher Ausstand in kurzer Zeit hätte enden müssen, steht außer Frage, denn die Bergarbeiter haben sich von dem finanziellen Ruin, den der vorjährige Streik mit sich brachte, noch lange nicht erholt. Die Führer der Arbeiter haben damals durch ihr rechtzeitiges Entgegenkommen einen verlustreichen Lohnkampf vermieden und gegen eine geringe Verminderung des Verdienstes der Bergleute die Sicherheit eines „Minimallohnes“ verschafft, sodas schließlich

auch diese Partei Ursache genug hat, mit dem geschlossenen Kompromiß zufrieden zu sein.

Aus Pest wird gemeldet, daß im Laufe dieser Woche die Tischler die Arbeit niederlegen würden.

Versammlungen.

Arbeiter-Bildungsschule. Im letzten Versammlungsbericht ist einiges richtig zu stellen. Der Obmann Schulz sagte: Die Schüler waren zum Theil organisiert. Obmann Hager (Nordschule) erklärte allerdings, politisch organisiert waren 30 männliche, 1 weibliche Schüler. Auf einen Ruf beschränkte er aber, daß er sich hierin hinsichtlich des weiblichen Schülers geirrt habe. Im Kassenerbericht muß es heißen: mithin ist ein Ueberschuß von 388,84 M. zu verzeichnen, der mit dem Bestand Ende März 2202,88 M., insgesamt am 1. Juli 2586,72 M. betrug. Dem wurde natürlich dem Kassirer und nicht den Revisoren Decharge erteilt.

Die Freie Vereinigung der Zeitungsredakteure und Verkäufer nahm am 16. Juli in ihrer Monats-Versammlung die Kollegen Laschinsky und Schiefel als Mitglieder auf. Der vom Kassirer Schönstein verlesene Kassenerbericht wurde von den Revisoren Schäfer II und Kleiner für richtig erklärt, worauf der Kassirer Decharge erhielt. Hierauf verlas der Vorsitzende eine von ihm verfaßte Resolution, die sich gegen die Verwendung schulpflichtiger Kinder zur Nachtarbeit wendet und folgenden Wortlaut hat:

„In Erwägung, daß das Holen der Zeitungen des Nachts, sowie jede andere Nachtarbeit eine physische Anstrengung ist, welche infolge der regelmäßigen Beschränkung des Schlafes, in Verbindung mit der durch die Natur der Sache bedingten Hast und Aufregung, sowie den meist widrigen Witterungsverhältnissen die Gesundheit tief schädigt; in weiterer Erwägung, daß diese Anstrengung, verbunden mit der Physiognomie des nächtlichen Straßenlebens, die physische wie moralische Kraft erwachsener Personen erschöpft und Kinder daher zu dieser nächtlichen Thätigkeit gänzlich ungeeignet sind, weil deren körperliche wie sittliche Entwicklung schwer darunter leidet, es daher auch für erwachsene Personen tief beschämend ist, sich mit Kindern resp. schulpflichtigen Kindern in gemeinsamer Körper- und bei Kindern sogar den Geist deprimirender Thätigkeit zu befassen.

Aus all' diesen Gründen spricht die heute, den 16. Juli 1894 tagende Generalversammlung der Freien Vereinigung der Berliner Zeitungsredakteure und Verkäufer ihre tiefste Mißbilligung darüber aus, daß viele Berufsgenossen sich nicht scheuen, ihre eigenen, sowie die schulpflichtigen Kinder ihrer Botsen des Nachts auf die Straße zu senden resp. als Hülfe zu benutzen, nur um ihrem Egoismus und ihrer Bequemlichkeit zu fröhnen, einzelne sogar ihre Nachtruhe weitest halten, während doch diese vor allen Dingen den Kindern gehört, gleichviel ob noch im Schulalter oder darüber hinaus.

Die heutige Versammlung bezeichnet daher diese Handlungsweise verschiedener Redakteure als einen Akt der Grausamkeit, ja noch mehr als ein Verbrechen an der heranwachsenden Generation und beschließt deshalb, diese Resolution den Herren Zeitungsverlegern mit dem ergebenden Ersuchen zu übermitteln, und in diesem gerechten Kampfe ihre Unterstützung zu leisten, indem sie ihre Herren Nachtrepedienten und sonstige mit der Ausgabe der Zeitung beschäftigte Personen anweisen wollen, des Nachts an Kinder keine Zeitung zu verabsolgen.

Zum Schluß appelliren wir an alle Berufsgenossen im Interesse der Humanität, uns zur Beseitigung dieses schreienden Mißstandes ihre Hand zu bieten, andernfalls wird die Freie Vereinigung sich für verpflichtet halten, weitere ernsthafte Schritte zur Beseitigung dieser verderblichen Anstöße zu thun. Freie Vereinigung der Berliner Zeitungsredakteure und Verkäufer.“

Alle Redner waren der Meinung, daß zur Durchführung dieser Resolution die Hilfe sämtlicher Zeitungsverleger und Expedienten nöthig sei. Man beschloß deshalb und zwar einstimmig, die Resolution drucken zu lassen und jedem Zeitungsverleger ein Exemplar denen zuzustellen. Der Inhalt der Resolution selbst wurde natürlich ebenfalls einstimmig gebilligt. (Der Verlag des „Vorwärts“ ist selbstverständlich sofort auf den Wunsch der Vereinigung eingegangen R. d. V.)

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)
Charlottenburg, 23. Juli. Wie die „Charlottenburger Zeitung“ meldet, ist gestern Nachmittag ein Schiffer unter choleraverdächtigen Erscheinungen in das Charlottenburger Krankenhaus eingeliefert und heute früh dahier gestorben. Dem Anschein nach handelt es sich um Cholera asiatica, doch hat die Untersuchung bisher noch zu keinem abgeschlossenen Ergebniss geführt. Die Familie des Schiffers wurde zur Beobachtung in das Krankenhaus aufgenommen, befindet sich aber bislang völlig gesund.

Prag, 23. Juli. Offizielle Mittheilungen stellen fest: die in den letzten Tagen erfolgten Verhaftungen von Anarchisten betrafen vier in der Vorstadt Weinberge wohnende Individuen, welche Explosivstoffe zu erzeugen versuchten. Bei den Hausdurchsuchungen wurden zahlreiche anarchistische Papiere beschlagnahmt. Außerdem wurde eine Anzahl Omladinisten in Neubudjow, Jizlow, Karolinenthal und Reichenberg verhaftet, welche sich mit der Anfertigung von Explosivstoffen befaßten. Die Verhafteten wurden sämtlich dem Strafgericht überliefert.

Bera, 23. Juli. Die von Europa mit der Eisenbahn einreisenden Reisenden unterliegen an den Grenzstationen Maskara-Pascha und Tibewische einer strengen ärztlichen Untersuchung.

(Depeschen des Bureau Herald.)
Wien, 23. Juli. Wie das „N. W. Z.“ aus Bukarest meldet, ist der Mörder des bulgarischen Ministers Bellschew auf eine Denunziation hin in einem Dorfe bei Tulcea entdeckt und verhaftet worden. Der Mörder heißt Arnaut und war früher Diener beim serbischen Konsulat in Sofia. Er hat die Thäterschaft bereits eingestanden.

Rom, 23. Juli. Wie verlautet, steht in den nächsten Tagen die Aufhebung des Belagerungszustandes über Sizilien bevor.

Paris, 23. Juli. Viviani erklärt in der „Petit Republicque“, das Vertrauensvotum, welches die Regierung verlangt, werde die Sozialisten nicht abhalten, neue Anträge zum Anarchistengesetz einzubringen und auf der Verhandlung der bereits vorliegenden Anträge zu beharren.

Lemberg, 23. Juli. Der demnächst hier stattfindende polnische Berg- und Naturforscher-Tag beschäftigt, Beschluß zu fassen über die eventuelle Zulassung der Mädchen und Frauen zur Universität, besonders für das medizinische Studium.

London, 23. Juli. Die Nachricht, daß zwischen Japan und China bereits der Krieg erklärt worden sei, ruft in diesem offiziellen Kreise große Beunruhigung hervor, obwohl die Meldung bis jetzt noch keine Bestätigung erfahren hat.

London, 23. Juli. Der Verfasser eines hiesigen kleineren Blattes hat mehrere anarchistische Drohbrieve erhalten, in denen ihm mitgeteilt wurde, daß er, sowie der Redakteur des Blattes nach Beschluß des anarchistischen Exekutionskomitees zum Tode verurteilt worden seien. In der hiesigen Presse hat die Angelegenheit ungeheure Sensation hervorgerufen.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Einigungsversuche vor dem Gewerbegerichte sind an dem Widerstande des Bier-Ringes gescheitert. Der barbarische Akt des kapitalistischen Uebermuths, die unerhörte Maßregelung der völlig schuldlosen Brauereiarbeiter ist nicht zurückgenommen worden.

Die Berliner Arbeiterschaft hat den Bierproben die einzig mögliche Antwort ertheilt.

In zweiunddreißig großen Volksversammlungen ist der Bierboycott auf sämtliche Ringbrauereien ausgedehnt worden.

Arbeiter! Parteigenossen! Eure Ehrenpflicht ist es, nicht zu dulden, daß Hunderte von Klassenossen der Unternehmer-Willkür zum Opfer fallen, daß der Brauererring in brutalster Weise seine ökonomische Macht mißbraucht.

Zum Kampfe gedrängt wird die Arbeiterschaft Berlins ihre gerechte Sache mit aller Energie führen und mit rücksichtsloser Entschlossenheit diejenigen Mittel anwenden, welche den Sieg verbürgen.

Arbeiter! Parteigenossen! Sorgt dafür, daß nirgends Ringbier getrunken wird. In keinem Hause, in keiner Werkstat, bei keinem Ausfluge darf ein Tropfen Boykottbier getrunken werden.

Alle Feste und Vergnügungen in Lokalen, in denen nur Ringbier geschänkt wird, sind zu unterlassen; alle etwa bereits getroffenen Verabredungen rückgängig zu machen.

Den Gastwirthen muß klar gemacht werden, daß sie zu wählen haben zwischen der Kundschaft der Arbeiter und der Gunst der Bierproben. Wir wollen jede Schädigung der Gastwirthe vermeiden, indem wir dieselben auffordern, sich Bier aus boykottfreien Berliner oder auswärtigen Brauereien anzuschaffen, dann werden die Arbeiter nach wie vor bei ihnen verkehren.

Weder Maßregelungen noch Saalsperre scheuen uns; wir kennen keine Furcht und wissen, daß an der Solidarität der Arbeiter das Unterfangen des Brauerings scheitern wird. Mit unbeugbarer Entschlossenheit halten wir den

Boycott über sämtliche Ringbrauereien

so lange aufrecht, bis unsere gerechten Forderungen erfüllt sind.

Arbeiter Berlins, thut eure Pflicht, meidet das Ringbier und die Lokale, in denen Euch Boykottbier vorgefetzt wird.

Aud auch Ihr, Arbeiter und Parteigenossen in Deutschland, helft uns, indem Ihr kein Bier aus den boykottierten Brauereien Berlins trinkt.

Der Boycott, dessen Ende nicht abzusehen, ist den Berliner Arbeitern durch einen Akt unerhörter Brutalität aufgezwungen. Wir appellieren an das Ehrgefühl aller Klassenbewußten Arbeiter und wissen, daß ihre Solidarität sich stärker erweisen wird als die Zufälligkeit des dividendenlüsternen Unternehmertums.

Vorwärts, Arbeiter und Parteigenossen! Trinkt kein Boykottbier! Meidet die Lokale in denen Ringbier ausgeschänkt wird! Kauft kein Flaschenbier, welches aus Ringbrauereien stammt. Lehteres empfehlen wir besonders den Frauen zur Beachtung.

Hoch die Solidarität der Arbeiter!

Die Boykottkommission.

Boycottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenstr. Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pilsener, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschlöfchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Brauerei in Wusterhausen.
- Exportbrauerei Rathenow, Niederlage bei Max Dennyhardt, N.W., Hannoverische Straße 18a.
- Bürgerliches Brauhaus, Dresden.
- Schlößbrauerei, Fürstenaalbe.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O.
- Gustav Spickermann, Weberstraße 66, Niederlage des Bürgerlichen Brauhauses Lützenwalde.
- Phönix-Brauerei, C. Radon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschlöfchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Kenter, Swinmünderstr. 45.
- Brauerei Tivoli, Straußberg, Niederlage Stabernack, Mühlenstraße.

Tokales.

Achtung, Schankwirthe und Genossen Schnebergs! Um den meist unbegründeten Ausreden der Schankwirthe ein Ende zu machen, erklären wir, daß gutes Bier in jeder Quantität geliefert und jeden Morgen prompt effektiert wird, sobald die Bestellungen den Tag zuvor bis Mittags und zwar an folgenden Stellen aufgegeben sind: Rejner, Brunenwaldstraße 110; O. Schindler, Hauptstr. 22; Klauke, Goltzstraße 43; Pinzer, Rollendorferstr. 16; Hoffmann, Sebanstraße 10. Die Boykottkommission.

Gegen 20 Pfennig Entree hat gestern Abend eine Versammlung „aller bürgerlichen Parteien“ stattgefunden, in welcher über den Bierboycott verhandelt worden ist. (Vergleiche untenstehende Notiz.) An die Boykott-Kommission, sowie an die Parteileitung ist gestern Vormittag eine schriftliche Einladung zu der Versammlung ergangen. Welchem Zweck die Versammlung dienen soll und aus welchen Absichten sie arrangirt wurde, ersehen unsere Leser am besten aus der Mittheilung, welche die Boykott-Kommission erhalten hat. Es genügt, diese Leistung niedriger zu hängen, um sich klar darüber zu werden, daß man es entweder mit Halbidioten oder mit einer Goldschneiderei zu thun hat. Die Einladung lautet:

Berlin, den 21. Juli 1894.
Gipsstraße 19b.

An die Parteileitung der Sozialdemokratie!
An die Boykottkommission!

Montag, den 23. Juli d. J., Abends 8 Uhr, findet im Feen-Palast, Eingang von der St. Wolfgangstraße, eine große öffentliche Versammlung der bürgerlichen Parteien statt, zu welcher ich die Parteileitung der Sozialdemokratie, sowie die Boykottkommission, andererseits Vertreter der von Seiten der Brauereien entlassenen 20 Pct. Arbeiter, sowie Vertreter derjenigen Böttcher, welche die Vereins-Brauerei Rixdorf boykottierten, einzuladen den Auftrag habe.

Tagesordnung der Versammlung ist:

1. Stellung der bürgerlichen Parteien zum Lohnkampf der Arbeiter und der gegenwärtige Bierboycott. Referent ist ein bekannter Redner und wird in der Versammlung bekannt gemacht.
 2. Abstimmung über eine Resolution, sowie über eine Petition an die verbündeten Regierungen, andererseits den Reichstag um Erlass eines Ausnahmegesetzes gegen den Boycott.
 3. Entgegnung der sozialdemokratischen Parteileitung oder der Boykottkommission.
 4. Diskussion.
- Die Platze an den Sitzplätzen besagen alles Nähere.

Ich habe den Auftrag, der Parteileitung der Sozialdemokratie, sowie der Boykottkommission zu eröffnen:

Die Arbeiterschaft hat Ihrer Heiligsprechung und Ausdehnung des Bierboycotts in unsern Mauern Gefolgschaft gegeben; sie empfindet sich aber von der Parteileitung und der Boykottkommission in den Sumpf verlockt; denn sie hat in diesem Kampfe keine Erfolge geerntet, dagegen hat sie seit Monaten ihre mühsam verdienten und zur Unterhaltung von Weib und Kind bestimmten Löhne um die Beiträge zum Unterstützungsfonds kürzen müssen; außerdem weiß sie, daß sie notwendige Sympathien verscherzt hat.

Wahrlich, zu einer nicht zu erschütternden Anklage gegen die Parteileitung, sowie die Boykottkommission auf einem sozialdemokratischen Parteitage wäre aus diesen Gründen alle Veranlassung gegeben.

Andererseits verkörpert dieser Bierboycott die Vergewaltigung unserer Kulturereignisse der Freiheit des Arbeitsvertrages, die Arbeiter zu entlassen oder nicht, aus eigenem Gutdünken gekettet.

Dann athmet dieser Bierboycott auch noch den Haß aus gegen die Klasse, das Kapital.

Somit zuckt er den Dach des Caserio!

Alle bürgerlichen Parteien müssen ihn auszumergen eines Sinnes sein.

In Interesse ruhiger Verhandlung wird die Parteileitung und die Boykottkommission ersucht, die an der Versammlung theil nehmenden Angehörigen der Sozialdemokratie zu besonnenem Verhalten geneigt ermahnen zu wollen.

J. A.: gez. A. Laue, Ingenieur.

Es versteht sich von selbst, daß niemand von der Parteileitung und von der Boykottkommission der freundschaftlichen Einladung, an der zu Gunsten des Herrn Laue und seiner Freunde für 20 Pf. Entree arrangirten Vorstellung mitzuwirken, gefolgt ist. Die Parteigenossen vor der ihnen zugemutheten Schröpfung zu warnen, mangelte es uns leider an Gelegenheit, da die Bekanntmachung der Laueschen Versammlung erst am Montag Morgen erfolgte und eine öffentliche Abmahnung von dem Besuch dieser zu arbeiterfeindlichen Zwecken veranstalteten Versammlung nicht mehr möglich war.

Die mit so großem Pomp an den Anschlagläufen angekündigte große öffentliche Versammlung der bürgerlichen Parteien wider den Bierboycott ist kläglich ins Wasser gefallen.

Der Andrang zu derselben war — seitens unserer Parteigenossen ein ungeheurer; trotzdem sich etliche vor dem Lokal postirte Vertrauenspersonen Nähe gaben, sie von dem Besuch der Versammlung zurückzuhalten, war der Saal dennoch von ca. 2500 Personen besetzt. Getrunken wurde einiges Selterwasser, etliche Glas Bier, am meisten aber — Leitngswasser, das sich die Genossen selbst einfüllten oder von opferwilligen Kollegen „servirt“ bekamen. Gegen 8 1/2 Uhr erschien der überwachende Beamte, der nach eifrigem Gespräch mit dem Oekonomen in dessen Begleitung sich nach der links der Bühne befindlichen Galerie begab, von wo aus den Versammelten, welche glaubten, daß nunmehr der „Nummel“ losgehen werde, die sehr enttäuschende Mittheilung wurde, daß die Versammlung nicht stattfinden, Gründe gab der Oekonom nicht an.

Nachdem sich das brausende Durrahrufen der Versammlung gelegt, ersuchte Franz Berndt die Parteigenossen, den Saal in Ruhe und Ordnung zu verlassen, welcher Aufforderung sofort Folge geleistet wurde, so daß die von der Bühne aus in den Saal dirigirten ca. 20 Schutzleute keine Veranlassung zum Einschreiten fanden. Auf der Straße kamen einige Sittirungen vor.

Wie unser Berichterstatter erfuhr, hatte ein sich Redakteur nennen, der Herr Namens Otto Mohrle mit einem Ingenieur Laue zwecks Inszenirung dieser Versammlung in Verbindung gesetzt. Nachdem sie aber einsahen, daß ihnen nicht genug Dumme auf den Leim gingen, daß aber der Wirth des Lokals, der (weil dasselbe gesperrt ist) kein Bier los wurde und ihnen dafür die Hölle heiß machte, zogen sie es vor, unter Mitnahme der polizeilichen Anmeldebescheinigung zu verduften.

Die Saalverweigerer sonst und jetzt. Seit Jahren besteht in Berlin eine sogenannte „Boycottkommission“, deren Mitglieder aus den Reihen der hier bestehenden Gastwirthe-Vereine herausgewählt werden. Dieser Kommission liegt es ob, einen Kampf gegen diejenigen Brauereien zu führen, welche einen Flaschenbierhandel betreiben; es ist das natürlich ein Kampf gegen Windmühlensklügel. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich unter den Gastwirthen gegen Herrn Köstke.

als derselbe Ende des Jahres 1891 die Tivoli-Brauerei mit übernahm und bekannt gab, die Tonne Bier mit 2 Mark billiger abgeben zu wollen, als alle anderen Brauereien Berlins. In einer Versammlung des Weißbierwirths-Vereins vom 2. Dezember sprach sich ein Vorstandsmittelglied, Herr Zacharias in mißbilligender Weise über das Vorgehen des Herrn Köstke aus. Die Tivoli-Brauerei sei jetzt für die Gastwirthe die gefährlichste Konkurrentin (1), da sie an Private zu unerhört billigen Preisen auf Flaschen gezogenes Bier verkaufe; 42 Flaschen für 3 M. Diese Konkurrenz könne kein noch so gut gestellter Gastwirth ertragen. Dieser Konkurrenz müsse man durch geschlossenes Vorgehen entgegen treten, indem man es ablehne, Herrn Köstke sein billiges Bier abzunehmen.

In noch schärferer Weise ging damals der Vorstehende Herr Behse, einer der jüngsten Saalverweigerer, mit dem Unerwartigen der Schultheißbrauerei ins Gericht. Er witterte in dem Verluce des Herrn Köstke die Anfangsstadien einer „sogenannten Ringbildung“. Die vereinigten Brauereien Schultheiß und Tivoli scheinen ihm die Absicht zu haben, die kleinen Brauereien zunächst konkurrenzunfähig zu machen, um später die Preise nach Belieben festsetzen zu können. Das geht von den Berliner Brauereien getriebene Bier sei gut und das Publikum sei im allgemeinen damit zufrieden. Die Herabdrückung des Preises könne nur zur Folge haben, daß die Qualität des Bieres eine schlechtere werde. — Merkwürdig, daß vor 3 Jahren Herr Behse und Konforten so gut die Absichten der großen Brauherren, namentlich des Herrn Köstke erkannten, währenddem sie heute blind zu sein scheinen gegenüber der rasch sich vollziehenden Entwicklung. Wöfe Jungen sagen ja den Seiten der Saalverweigerer ganz merkwürdige Dinge nach. So sagt man, daß die Geschäfte des Herrn Behse und Ruckenburg (der „Saal“ des letzteren faßt etwa 25 Mann d. h. Proletarier, höchstens aber 15 der nothleidenden Gastwirthe) derartig schlecht gehen, daß sie nur den Augenblick herbeisehnen, Oekonom eines Ausschanks von Köstke's Gnaden zu werden. Die Richtigkeit dieser Annahme bleibe dahin gestellt, sicher ist, daß die Herren Führer der Saalverweigerer ihren Kollegen einen schlechten Dienst geleistet haben, indem sie dem Brauererring, der von ihnen seit Jahren aufs schärfste bekämpft wurde, jetzt Heeresfolge leisten. Der Rentier und Aktionär der Rixdorfer Vereins-Brauerei, der „akademische Müller“, wie der Wirth von dem Volks-Speisehaus am Hegelplatz kurzweg genannt wird, der Weinändler Herr Jacobi und der „Saal“-besitzer Herr Ruckenburg, bekanntlich die Anführer der Saalverweigerer, müssen in der That starke Optimisten sein, wenn sie glauben, daß die Brauereien nach Beendigung des Kampfes, etwa aus Dankbarkeit, sich der Saalbesitzer annehmen. Nicht eine Forderung derselben, wie Einstellung des Flaschenbierhandels, Regulirung des Sonnengehalts u. s. w. wird der Ring ihnen später bewilligen.

Die Saalverweigerer, die jetzt mit klingendem Spiel ins Lager der Brauereien gezogen sind, haben von ihrem Standpunkte aus (ob dieser dem unrigen entspricht, kann im Augenblick außer Betracht bleiben) eine Inkonsistenz sonder Gleichen begangen. Jetzt war der Augenblick für sie gekommen, den Brauereien gegenüber zu treten, und sicher einen großen Theil ihrer Forderungen wären sie im Stande gewesen, durchzudrücken. Anstatt dessen stellen sie sich auf Seiten ihrer ärgsten Konkurrenten und beklagen sich nur, daß sie die „Puffer“ abgeben müssen zwischen beiden Parteien. Mögen sie sich bei denjenigen, die sie zu diesem Schritte gedrängt haben, für den Schaden, den sie unzweifelhaft haben, bedanken. Die Berliner Arbeiterschaft kann dem Ausgang des Boykotts ruhig entgegen sehen, sie wird auch nicht im mindesten beschwert durch das Entstehen der Säle. Wollen uns die Herren Saalverweigerer nicht, so werden sie von uns nicht belästigt werden.

Der Verband der Gast- und Schankwirthe für Berlin und Umgegend hat in seiner leztthin stattgehabten Delegirtenversammlung folgende Resolution einstimmig zum Beschluß erhoben: „Die versammelten Delegirten des Verbandes der Gast- und Schankwirthe für Berlin und Umgegend, als Vertreter sämtlicher Mitglieder der zum Verbande gehörenden Vereine beschließen einstimmig, bei dem Herrn Polizeipräsidenten von Berlin, Herrn Freiherrn von Richthofen, den Herrn Landräthen des Nieder-Varminer und Teltower Kreises und dem Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg dahin vorstellig zu werden, daß für Berlin und Umgegend die allgemeine Polizeistunde verlängert wird. Zur Begründung unserer ergebenen Bitte führen wir an, daß die Gast- und Schankwirthe in Berlin und Umgegend durch den z. Z. von der Arbeiterpartei gegen die Brauereien und ihre Abnehmer ver-

Bängler, Boykott in ihrem Erwerb schwer geschädigt sind und ihrer hart bedrohten Existenz vollständig verlustig gehen, wenn sie von den hohen Behörden bei diesem ohne ihr Verschulden beraubt werden. Die Petition mit eingehender Begründung unserer Forderung ist f. B. von sämtlichen Gast- und Schankwirths-Vereinen Berlins und Umgegend bei den hohen Behörden eingereicht worden. Ferner wurde beschlossen, an die Brauereien den Antrag zu stellen, sich den Wünschen der Bierkommission zu fügen und ihren Flaschenbierhandel einzuschränken. In diesem Falle würde der Berliner Verband die Interessen der Brauereien vertreten.

Die unantuersten Mittel sind den Gegnern recht, unsere Partei im Allgemeinen, insbesondere in unserem gegenwärtigen Kampfe mit den Brauereien zu schädigen. So wird uns von der Lokalkommission zu Charlottenburg ein Streich der Gegner mitgeteilt, der an Gemeinheit nichts zu wünschen übrig läßt: In einem dortigen Schankwirth kamen vor einigen Tagen vier „Arbeiter“, welche sich vermittelst irgend eines Quittungsbuches als Lokal-Kommissions-Mitglieder oberflächlich legitimierten und die „Kontrolle“ der Bierverhältnisse vornahmen. An und für sich schon ganz im Gegensatz zu unseren Kontrollen sich gebend, bemühten sie einen Augenblick der Abwesenheit des betreffenden Wirthes dazu, um ihren nichtswürdigen Plan auszuführen, nämlich denselben zu beschleichen. Die offenbar abgeordneten „Arbeiter“ erreichten denn auch vollständig ihren Zweck, denn schon am nächsten Tage erzählte der Wirth Allen, die es hören wollten, von diesem Vorfall. Die sofortige Untersuchung dieses Streiches ergab, daß es den Burschen unzweifelhaft nicht um eine Bereicherung, sondern vielmehr darum zu thun war, durch einen Nummenjungen-Streich unsere Sache zu schädigen. Die Wirths werden deshalb darauf aufmerksam gemacht, nach dieser Richtung vorsichtig zu sein und nur genügend legitimierten Personen die Kontrolle ihrer Bierverhältnisse zu gestatten.

Ringe sind's, die eine Kette bilden. Die alte Fabel von dem Wolf, der das Lamm nur deshalb frist, weil ihm das böse Thier das Wasser geträgt, wiederholt sich nun noch einmal im gegenwärtigen Bierkriege. Der Wolf handelte lediglich in der Abwehr, ebenso wie die Brauereien — ihnen gleichen auf Haar hierin ihre Paladine, die Saalbesitzer. Die letzte Nummer des „Gasthaus“ bringt Abwehrmaßregeln gegen den Bierboykott überföhren einen Artikel, worin mit heilem Bewußtsein der Versuch gemacht wird, den Speiß umzudrehen und die allseitig großspurigen Saalbesitzer als die Gemüthseligen in bengalischer Beleuchtung erscheinen zu lassen. Diefem sehr lähnen Unterfangen müssen wir nachdrücklich entgegen treten, was uns um so leichter wird, als ein großer Theil der Berliner Wirths sich jenen Herren ebenfalls schroff entgegen stellt.

Die augenblickliche Nothlage, welche der von den Sozialdemokraten muthwillig beraubt gewordene Boykott über zahlreiche Wirths Berlins und der Vororte verhängt hat, und vielleicht weit mehr noch die alles Maß überschreitende Knechtung, welche die auf das Arbeiterpublikum angewiesenen Saalbesitzer seit Jahren in zunehmendem Maße seitens des sozialdemokratischen Theils ihrer Kundenschaft ausgesetzt sind, haben jene Reichthümer Bildung des Saalbesitzer-Vereins) gereizigt. Den Saalbesitzern ist durch alles dies die Ueberzeugung gerabzu aufgefunden worden, daß dem geschlossenen und planmäßigen, nur auf das eigene Partei-Interesse bedachten und jeder Rücksichtnahme auf Wohl und Wehe der Gast- und Schankwirths baren Austritten der Sozialdemokraten nicht mehr anders begegnet werden kann, als dadurch, daß auch sie selbst, die Saalbesitzer, sich zu geschlossener und planmäßiger Abwehr einigen. — Das sind die einleitenden Sätze und damit ist auch der Inhalt des Artikels so ziemlich erschöpft, denn was nun noch kommt, sind jumeist die schon so oft aufgewärmten Redewendungen über den verschiedenlichen „Zwang“, auf die der „Vorwärts“ schon früher speziell eingegangen ist.

Aus dem Biat ist zunächst bemerkenswerth die krasse Heuchelei, welche von einem muthwilligen Boykott im Partei-Interesse spricht. Hunderte von unschuldigen Arbeitern mit ihren Frauen und Kindern, welche man thatsächlich dem Hungertode preisgeben wollte, verschwinden einfach in der Verleugnung — das einzige Opferlamm ist vielmehr der Saalbesitzer, der von den gestrenge Herren, den Sozialdemokraten, elend erdroffelt werden sollte. — In welchem Gegensatz steht hierzu selbst das Gebahren der bei Suggenbagen Versammelten, von denen der authentische Bericht sagt: „Vielmehr wurden Stimmen des Bedauerns einzig und allein darüber laut, daß von den ungezählten (1) Besitzern größerer Säle in Berlin und Umgegend noch immer acht (1) es nicht haben über sich gewinnen können, sich der Gesamtheit der Saalbesitzer anzuschließen. Und als von dem Vorsitzenden des Vereins der Berliner Gastwirths, Feuerstein, der einen Saal nicht beist der Vorschlag gemacht wurde, diesen acht Saalbesitzern ein Ultimatum zu stellen . . . da herrschte über den Grundgedanken des Vorschlages vollste Einmüthigkeit und Bedenken wurden höchstens (1) dagegen laut, die den Betroffenen zu gewöhnliche Frist auf eine volle Woche anzudehnen.“ — Man beachte, eine solche Sprache führen die „Betrachteten“, gegen ihre „Herren“! Wie sehr die wein- und bierliebenden Herren aber Ursache hatten, ein klein wenig bescheidener zu sein, wird sich zeigen, sobald wir uns die Versammlung nach ihrer Zusammenkunft etwas ansehen.

Den Lesern des „Vorwärts“ ist bekannt, daß der Verband der Gast- und Schankwirths Berlins und Umgegend, dem eine ganze Reihe größerer und kleinerer Vereine angehören, diesem Treiben mehr oder weniger feindselig gegenüber steht; es giebt Vereine darunter, welche sich ganz offen gegen die Brauereien erklärt haben; die Stellung des Verbandes wird ja übrigens auch dokumentirt durch die Beschlüsse seiner Einigungs-Kommission, die das Verhalten der Brauereien rüchlos verdammt. In gleich scharfer Weise wendet sich die Gastwirths-Znzung gegen die Saalbesitzer. Die Gastwirths-Zeitung (Nr. 29) weist die Annahme, als ob die unter Führung des Dreigesirns Feuerstein-Jakobi-Rudenburg marschirenden Gastwirths die Gesamtheit der Berliner Wirths darstelle, sehr energisch zurück. Von Interesse ist es, dort zu erfahren, daß schon Ende März dieses Jahres in einer Versammlung die „Mißstände“ in der Saalfrage behandelt wurden. Eine Resolution, welche dieserhalb an die Behörden gesandt werden sollte, wurde aber „auf Einspruch der Vertreter der Saalbesitzer zurückgezogen.“ Das Blatt schreibt dann weiter: „Während dieselben (die Saalbesitzer) also in eigener Sache nicht vorzugehen wagten, bedurfte es nur der Kriegserklärung der Sozialdemokraten gegen den, nicht nur sie, sondern den ganzen Gastwirthsstand bedrohenden und durch den Flaschenbierhandel und denjenigen mit kleinen Gebinden schädigenden Brauererwerb, um sich sofort auf die Seite des Letzteren zu stellen. Wir schalten hier noch ein, daß die neu gebildete sogenannte Bierkommission (Jakobi'sche) der vereinigten Gastwirths-Vereine Berlins nur aus Mitgliedern zweier Vereine (Verein Berliner Gastwirths und Weißbierwirths-Verein) besteht. Dieselbe will unzweifelhaft den Zerbruch erregen, daß diese Kommission mit der Zeit der Flaschenbierfrage gebildeten Bierkommission für müllicher (ca. 20) Gastwirthsvereine identisch ist.“ — Um zu beweisen, daß nicht nur die Gastwirths in ihrer Gesamtheit, sondern selbst die Privatbrauereien unter wenig kollegialischen Konkurrenz der Rösche und tutti quanti zu leiden haben, druckt das jüliche Blatt dann den, auch in mehreren Blättern ersöhnten, offenen Brief des Brauereibesitzer Wäcker in Potsdam ab.

Es ist nun nicht ausgeschlossen, daß die Bedienten des Herrn Kommerzienrats nach wie vor ihren gläubigen Anhängern einreden werden, daß die Berliner Wirths insgesammt die Schritte der Saalbesitzer billigen; jedenfalls wird sich auch eine Anzahl kurzschätiger Wirths finden, welche die fetten Brodbrauer mit ihren Leibern decken. Wir können diesen nicht helfen. — Das ganze Verhalten der Führer in der Saalfrage ist dazu angethan, daß wir einer Saalkrise entgegen treiben, die aber nicht die Sozialdemokraten trifft, nie treffen kann, sondern nur die Urheber dieser frivolten Pöste. Jetzt wird mit Emphase verkündet, daß man sich von der Herrschaft der Arbeiter emanzipiren und „Herr im Hause“ bleiben will. Man, wir werden sicher noch erleben, daß die Brauer „Herren im Hause“ werden, und die Saalbesitzer jedes Winkes gewärtig, ihre selbstgeschmiedete Kette nachschleppen — Ringe sind's, aus denen man die Ketten bildet auch im Gastwirths-Gewerbe.

Eine Wäckerin, die den Boykott auf das energischste durchsetzt, muß es gewesen sein, von der eine Lokalkorrespondenz folgendes zu erzählen weiß: Die Ehefrau des Schankwirths Struck, Brüderstr. 19 wohnhaft, hatte sich für den letzten Sonnabend als Wäckerin die Frau des Arbeiters G. bestellt. Am Sonnabend früh erschien nun die 19 Jahre alte Tochter der Wäckerin in der Struck'schen Wirthschaft und erklärte wörtlich: Eine schöne Empfehlung von Vatern und Mutter läme nicht zum Waschen, weil bei Herrn Struck boykottirtes Bier ausgeschänkt würde.

Militärboykott. In Spandau hat die Kommandantur alle Langlokale, welche Bier der Pichelsdorfer Brauerei beziehen, auf den Index gesetzt.

Die „Freiheit des Arbeiters“ in Staatswerkstätten wird treffend illustriert durch die Zustände in den Spandauer Gewerbfabriken. Heute haben wir weniger die Arbeitsverhältnisse selbst, als vielmehr die Vorschritt im Auge, welche die Direktion den Arbeitern macht in bezug auf das Getränk, was diese für ihre Gesundheit als zuträglich erachten. Aber trotz des ungedruckten Druckes, der von seiten der Leitung ausgeht, ist in den Kantinen der Gewehr- und Munitionsfabriken der Ausschlag von Bier der Spandauer Bergbrauerei im Juni gegen 70 Tonnen zurückgegangen, freilich doch noch wenig, wenn in Betracht gezogen wird, daß täglich daselbst 20—25 Tonnen vergast werden.

Ein Nordversuch verübte am Sonntag der Stellunglose Kommissar B., der früher in einem Kolonialwaaren-Geschäft in der Schwedterstraße angestellt war. B. hatte vergeblich versucht, mit der Kassierin seines Prinzipals ein Liebesverhältnis anzuknüpfen. Vorgesetzt erschien er nun in dem Geschäftsladen und feuerte auf das Mädchen, das nichts ahnte, einen Schuß ab. Glücklicher Weise prallte die Kugel an einer stählernen Korsettstange ab, so daß die Kassierin unversehrt blieb. Der Thäter entflo, hat sich aber noch am demselben Abend auf der Revierwache in der Gerhardstraße in Moabit der Polizei gestellt und ist wegen Nordversuchs in Haft genommen worden.

Mit großer Dreistigkeit ist dieser Tage im Hause Wismanstraße 10 ein Einbruch verübt worden, durch welchen eine Arbeiterfamilie empfindlich geschädigt worden ist. Während das Arbeiter Otto Schode'sche Ehepaar nämlich seiner Beschäftigung nachgegangen war, erbrachen Diebe am hellen lichten Tage die Wohnung und entwendeten aus derselben außer mehreren Anzügen sämtliche Werthsachen, darunter eine Damenubr, eine Herrenuhrette, einen Trauring und zwei Siegelringe. Von den Dieben fehlt leider noch jede Spur.

Polizei-Bericht. Am 21. d. M. Vormittags wurde ein in der Laubstraße wohnender Kaufmann in der Badestube todt in der Wanne liegend vorgefunden. — Mittags wurde eine Frau in ihrer Wohnung, in der Kaiserstraße, erhängt vorgefunden. — In der Annenstraße wurde Nachmittags ein sechsjähriger Knabe durch einen Schwefelzweigen überfahren und getödtet. Den Rutscher des Wagens soll keine Schuld treffen. — Ein Vätergehele brachte sich im Thiergarten, in der Nähe der Großen Quer-Allee, in selbstmörderischer Absicht zwei Schüsse in den Kopf bei. — Gegen Abend fiel am Schiffbauerdamm ein Schiffer, der auf dem Ufergeländer eingeschlafen war, ins Wasser. Er wurde noch lebend herausgezogen und, da er sich beim Falle eine nicht unerhebliche Verletzung des linken Auges zugezogen hatte, nach der Charitee gebracht. — Abends versuchte ein Handlungsgehilfe in einer Materialwaaren-Handlung, in der Schwedterstraße, die dort angestellte Kassierin zu erschießen. Die Kugel prallte an der Korsettstange des Mädchens ab, das unverletzt blieb. Der Thäter, der anfänglich entflohen war, stellte sich gegen Mitternacht selbst und wurde verhaftet. — Am 22. d. M. Nachmittags schoß ein in der Kleinen Alexanderstraße im Keller wohnhafter Handwerker in angetrunkenen Zustande nach seiner Ehefrau, ohne sie zu treffen. — Am 21. und 22. d. M. fanden sechs unbedeutende Brände statt.

Witterungsübericht vom 23. Juli 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarit auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) zu 6. — 4° M.
Swinemünde . . .	762	NO	2	heiter	19
Hamburg . . .	761	OSO	2	bedeckt	19
Berlin . . .	762	OSO	2	heiter	22
Wiesbaden . . .	761	Stil	—	heiter	20
München . . .	763	O	3	wollenlos	20
Wien . . .	763	O	1	wollenlos	18
Saparanda . . .	757	Stil	—	bedeckt	17
Petersburg . . .	761	WSW	1	wolfig	17
Corf. . .	762	R	4	heiter	14
Aberdeen . . .	762	NS	2	wolfig	15
Paris . . .	759	SSW	3	wolfig	22

Wetter-Prognose für Dienstag, den 24. Juli 1894.
Sehr warmes und schwüles Wetter mit meistens nur schwachen südlichen Winden, zunehmender Bewölkung und Gewitterneigung; nachher kühler. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitung.

Ein Abenteuerer aus hohen Kreisen. Aus der Strafankstalt zu Pöhensee wurden heute der zweiten Ferienstrafkammer des Landgerichts I vier Personen vorgeführt, von denen die eine sich eine traurige Berühmtheit erworben hat. Es war der ehemalige Hauptmann Sidney Augustus O'Danne, ein Mann, der den hiesigen und auswärtigen Behörden schon viel zu schaffen gemacht hat, ein Abenteuerer, wie es seines Gleichen nur wenige geben dürfte. O'Danne hat auf grund von Empfehlungen einflußreicher Personen bereits dem jetzigen Kaiser nahe gestanden, als derselbe noch Prinz war. Den Feldzug gegen Frankreich machte O'Danne als Hauptmann mit, er wurde aber vor Beendigung desselben wegen Unentwegens zu neun Monaten Festungshaft verurtheilt. Später ließ er sich eine Unterthaltung zu schulden kommen, welches seine Ausstoßung aus dem Offiziersstande zur Folge hatte. Von jetzt an begann für O'Danne ein unruhiges, abenteuerliches Leben. Anstalt zog er von einem Lande zum anderen, bald tauchte er in Frankreich, bald in Italien, bald in der Schweiz auf. Ueberall gerieth er mit den Behörden in Konflikt. In der Schweiz beging er einen äußerst raffinierten, gegen die dortige Postbehörde gerichteten Betrug. Bei seiner Verhaftung stellte sich heraus, daß er seit längerer Zeit

mit den regierungsföndlichen Feindern in Verbindung stand, daß er einen Aufstand organisiren und sich an die Spitze der Aufstürzer stellen wollte. Zu diesem Zwecke sammelte er Geld und Waffen. O'Danne hatte sich aber auch gegen die deutsche Regierung vergangen, er wurde nach Berlin gebracht und hier wurde derzeit unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit gegen ihn verhandelt. Es wurden im Termine hohe Militärpersonen und Ministerialbeamte vernommen. O'Danne wurde damals zu vier Jahren Gefängnis verurtheilt. Aber auch hinter den Kerkermauern ließ er sich zu Straffthaten hinreißen. Vor etwa zwei Jahren, als seine vierjährige Haft beinahe verübt war, wurde er der zweiten Strafkammer des Landgerichts I unter der Anklage der wissentlich falschen Anschuldigung vorgeführt. Wiederum mußte es sich um Sachen handeln, welche streng geheim gehalten werden sollten, hochstehende Militärpersonen traten als Zeugen auf und der Dolmetscher der französischen Sprache, Professor Rose, wurde längere Zeit in Anspruch genommen. O'Danne wurde damals zu drei Jahren Gefängnis verurtheilt. Seine Vorföhung zum gestrigen Termine erfolgte unter Beobachtung von besonderen Vorsichtsmaßregeln. Während seiner Aufbahrung in der Detentionzelle wurde ihm ein Schuhmann beigegeben. O'Danne ist im Jahre 1838 zu Schwerin geboren, das scharfgeschnittene Gesicht ist mit einem ergrauenden zugespitzten Vollbart umrahmt, seine Augen werden von einer blauen Brille beschattet. Die drei Mitangeklagten sind der Buchhalter Emil Stremeyne, der Maler Paul Gillebrandt und der Glasergeselle Max Grundmann. Diesen drei Angeklagten wird zur Last gelegt, daß sie ihrem früheren Mitangeklagten O'Danne Geldbeträge in Höhe von 50, 15 und 10 Mark untergeschlagen haben. Gegen O'Danne richtet sich die Anklage dahin, daß er versucht haben soll, seine Mitgefangenen Otto und Ostrowski zu einer Urkundenfälschung zu verleiten. Das von ihm eingeschlagene Verfahren verräth ein außerordentliches Raffinement. O'Danne war in Pöhensee in strengster Einzelhaft gehalten. Trotz dessen hat er es verstanden, mit der Außenwelt einen ziemlich regen schriftlichen Verkehr zu unterhalten. Er hat vermöge seiner überlegenen Bildung einen außerordentlichen Einfluß auf zwei Mitgefangene, Namens Otto und Ostrowski, welche seine Hellenmachern waren, auszuüben gewußt und sie zu überreden verstanden, ihm nach ihrer Freilassung zu einem Fluchtversuch beizustimmen. O'Danne hatte folgenden Plan ausgeführt: Im Oktober v. J. wollte er ein Gefuch an den Ersten Staatsanwalt richten, worin er um 8 Tage Urlaub bitten wollte, um seine kranke Ehefrau zu besuchen. Er sah voraus, daß er einen ablehnenden Bescheid erhalten würde. Das Schriftstück des Staatsanwalts würde aber selbstverständlich in amtlicher Form an ihn gelangen. Dies Schriftstück sollte einer seiner Mitgefangenen, der im Oktober entlassen wurde, mit hinausnehmen, er sollte einen Bogen Papier von gleicher Art beschaffen, einen Kopf darauf drucken lassen wie auf dem Original und dann von einem geschickten Schreiber die Unterschrift des Staatsanwalts in täuschend ähnlicher Weise nachahmen lassen. War der Bogen nun so hergestellt, daß er einem amtlichen Schriftstück des Ersten Staatsanwalts gleich, so sollte er mit folgendem Text ausgefüllt werden: „Sito! Berlin, den 4. November 1893. Auf Allerhöchsten Befehl ist der Strafgefangene frühere Hauptmann O'Danne sofort aus der Haft zu entlassen. Derselbe hat sich sofort beim Kriegsministerium zu melden. Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht I (Unterschrift). An die Gefängnisdirektion zu Pöhensee.“ Dies Schriftstück sollte ein besonderer Bote, der mit einer blauen Dienstmütze bekleidet war, bei der Direktion in Pöhensee abgeben, aber erst am Nachmittage, nachdem die Bureau's der Staatsanwaltschaft im Kriminalgerichtsgebäude bereits geschlossen waren, damit die Gefängnisdirektion, falls sie Verdacht schöpft, nicht auf telephonischem Wege Auskunft erbitten konnte. Gelang die Frucht, dann sollten die beiden Helfershelfer jeder 1000 M. erhalten. O'Danne war nicht ohne Mittel, seine Pension wurde der Gefängnis-Direktion überwiesen und O'Danne stand es zu, darüber zu verfügen. Er wies davon einen Theil für die Frau eines früheren Dieners an und bei dieser sollten seine Helfer sich die nöthigen Mittel holen.

Der Angeklagte O'Danne gab die ihm zur Last gelegte Straffthat zu. Er sei zweimal wegen wissentlich falscher Anschuldigung und Verleumdung unschuldig verurtheilt worden. Sein ganzes Bestreben sei dahin gerichtet gewesen, das Wiederaufnahme-Verfahren zu erwirken, er habe Anträge auf Anträge gestellt, aber stets ohne Erfolg. Er müsse annehmen, daß politische Gründe bei den ihm zu Theil gewordenen ablehnenden Bescheiden maßgebend gewesen seien. Die Beweise seiner Unschuld befänden sich in Frankreich, es seien Papiere von großer Bedeutung für das Wohl des Deutschen Reiches. Um diese Papiere beschaffen zu können, habe er einen achtstägigen Urlaub erwirken wollen. Er habe an einige Herren in Paris geschrieben und auch den Bescheid erhalten, daß die Papiere, die sich früher in den Händen der irischen Nationalliga, deren Mitglied er sei, befunden hätten, nunmehr im Besitze des französischen Kriegsministers seien. Wiederum habe er seine Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens erneuert, er habe einen Rechtsanwalt beauftragen wollen, auf seine Kosten nach Paris zu reisen und die Papiere zu holen, aber stets habe man ihn abschlägig beschieden. Da ihm nun der gesetzliche Weg verschlossen worden sei, um seine Unschuld zu beweisen, habe er zu ungesetzlichen Mitteln greifen müssen, denn er halte es für Freiheit und eines Mannes unwürdig, die Hände in den Schooß zu legen, anstatt zu kämpfen. So wie die Anklage schildere, habe er den Plan erforschen und vorbereitet, der leider vor der Ausführung entdeckt worden sei. — Die Beweisaufnahme beschränkte sich auf die Vernehmung weniger Zeugen. Der Strafgefangene Otto gab zu, daß er eine Art Vertrauensperson gespielt hatte. Er habe dem Angeklagten O'Danne vorge schlagen, einen Mitgefangenen namens Gousbrück, der demnächst entlassen wurde, nach Paris zu senden, um die Papiere zu holen. O'Danne habe dies aber abgelehnt, mit dem Bemerkten, daß er selbst nach Paris müsse. Im Uebrigen schilderte der Zeuge den Sachverhalt so, wie der Angeklagte es gethan. — Die drei Mitangeklagten des O'Danne erregten wenig Interesse. Otto hatte den Angeklagten Stremeyne Namens des O'Danne beauftragt, von der Ehefrau seines ehemaligen Dieners 250 M. zu holen, die auf heimlichem Wege dem O'Danne zugestekt werden sollten. Von diesem Gelde hatte Stremeyne 50 M. für sich behalten und den Angeklagten Gillebrandt und Grundmann davon abgegeben. In Betreff des lehtgenannten ergab sich so wenig Belastungsmaterial, daß der Staatsanwalt dessen Freisprechung beantragte. Gegen O'Danne beantragte der Staatsanwalt anderhalb Jahre Gefängnis, gegen Stremeyne 3 Monate und gegen Grundmann 14 Tage Gefängnis. Der Vertheidiger des Angeklagten O'Danne, Rechtsanwalt Arnold Goldstein, führte aus, daß nicht die Anklage auf einen Verbrechen, sondern nur zu einem Vergehen vorliege, da durch die Urkunde, deren Fälschung beabsichtigt war, ein rechtswidriger Vermögensvorthell nicht erzielt werden sollte. Bei der Strafmaßbestimmung müsse doch auch berücksichtigt werden, daß O'Danne den ganzen Plan nicht ausgeführt habe, um sich des Restes seiner Strafe zu entziehen, sondern er habe nur acht Tage auf freiem Fuß sein wollen, um die Beweise seiner Unschuld zu beschaffen. Er halte für das Vergehen eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten für ausreichend. Der Vertheidiger der übrigen Angeklagten, R. A. Jarecki, plaidierte für deren Freisprechung. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten O'Danne zu sechs Monaten Gefängnis. Der Gerichtshof habe keinen Zweifel daran, daß der äußere verschmitzte angelegte Plan des Angeklagten lediglich dazu dienen sollte, ihm die Freiheit zu verschaffen. Seine Behauptung, daß die Herbeischaffung der Papiere für das Wohl des Staats von Wichtigkeit sei, verdiene keinen Glauben. Das Deutsche Reich sehe Gott sei Dank auf festeren Füßen, als daß

die Papiere des Angeklagten es zu stützen vermöchten. In Betreff der drei übrigen Angeklagten sei auf Freisprechung erkannt worden, weil die Belastung des Zeugen Otto nicht ausreiche, sie zu überführen.

Verfassungen.

Achtung, Schraubendreher! Am Montag tagte vom Metallarbeiter-Verband die Branchen-Versammlung der Metallschrauben-, Fasson- und Werkzeuggenossen im Vereinshaus Südost, Waldemarstraße. Der Parteigenosse Mattutat hielt einen Vortrag über das Thema: „Sozialismus und Anarchismus“, der die volle Zustimmung der Versammlung fand. In der Diskussion glaubten zwei Kollegen den Referenten widerlegen zu müssen, indem sie versuchten, die Versammlung zu überzeugen, wie falsch es sei, derselben Sozialdemokratie nachzulaufen, die die Gesellschaft stürzen wolle und sich dabei schon vor der handvoll Anarchisten fürchte. Dem Referenten wurde es leicht, die beiden zu widerlegen. Zum Schluss forderte er die Versammlung auf, fleißig für die gewerkschaftliche und politische Organisation zu agitieren, dann werde und müsse der Sieg bald unser sein. Mehrere Anwesende, die durch den Vortrag vom Werth der Organisation überzeugt worden waren, trafen sich sofort als Mitglieder aufzunehmen. Kollege Thate rügte dann den schwachen Besuch der Versammlung und wies unter anderem nach, daß gerade die ältesten Kollegen, die früher die eifrigsten Mitglieder des Fachvereins waren, sich dem Verbands am fernsten halten, während doch vor allen Dingen diese zeigen müßten, daß sie in der alten Organisation geschult wurden und den Werth der neuen Organisation begriffen haben. Freilich beim Sommer-

fest wären sie auf dem Posten, aber hier in der Versammlung, hier im Verband, wo es gelte, Schulter an Schulter zu kämpfen, da könne man sie mit der Glühlampe suchen und würde sie doch nicht finden. Gleichzeitig rügte Kollege Thate die Nachsicht des Versammlungsleiters einem Kollegen gegenüber, der fortwährend bemüht war, die Versammlung zu föhren, indem er die Redner unterbrach und sich auch sonst möglichst so betrug, wie es sich für einen Arbeiter nicht schickt. Im gleichen Sinne über die Organisation sprachen noch die Kollegen Magnus, Hirsch, Pleß und Rosenau. Hieraus schloß mit einem warmen Appell an die Kameraden, recht fleißig für die Organisation zu wirken, Kollege Krusenmark die Versammlung.

Eine Versammlung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen, die am 17. Juli bei Wille, Andreasstraße 26 tagte, beschäftigte sich nach Anhörung eines Vortrages des Parteigenossen Wach, der „das Arbeitsverhältnis und die Praxis des Berliner Gewerbegerichts“ behandelte, mit dem Streit in der Teppichfabrik von G. Feibisch (Kaiserstr. 41). Dort haben sämtliche Velourarbeiter wegen Minderzahlung zweier Kollegen, die für die Interessen ihrer Mitarbeiter und der Organisation thätig waren, die Arbeit niedergelegt. Wie alle Redner übereinstimmend ausführten, war der Entlassungsgrund, den Herr Feibisch angiebt (Mangel an Arbeit), durchaus nicht stichhaltig; ebenso wenig treffe die jetzt in die Zeitungen lancierte Behauptung zu, die Entlassung der zwei Arbeiter sei auf Vorkommnisse beim Arrangement einer Landpartie zurückzuführen. Vielmehr habe sich Herr Feibisch mehrfach dahin geäußert, daß er bei der ersten besten Gelegenheit die „Heher“ entlassen werde. Diese Äußerung soll übrigens, wie in der Versammlung mitgeteilt wurde, Herr Feibisch auf dem Polizeibureau, wozu er einen Streikenden, den er auf der Straße mit einem bei ihm in Arbeit getretenen

Kollegen sprechen sah, durch einen Kriminalbeamten bringen ließ wiederholt und zu Protokoll gegeben haben, daß die Entlassung der beiden Weber Nießch und Gentel wegen sozialistischer Agitation und Verbreitung des „Textilarbeiter“ erfolgt sei. Weiter wurde mitgeteilt, der Vorschlag der Arbeiter, bei Mangel an Arbeit doch die Arbeitszeit zu verkürzen, sei vom Fabrikanten mit der Bemerkung zurückgewiesen worden, Vorschriften in seinem Betriebe lasse er sich nicht machen. Einer Kommission des Verbandes, die mit dem Fabrikanten unterhandeln wollte, wäre die Thür gewiesen worden. Die Situation wurde als günstig bezeichnet, da mehrere Weber, die nach Ausbruch des Streiks bei Feibisch in Arbeit getreten sind, nach genauer Information über die Sachlage wieder aufgehört haben. Zwei Verbandsmitglieder, Namens Lange und Gchner, die sich dem Fabrikanten zur Verfügung stellten und bei ihm die Velourwebererei erlernen wollten, falls sich diese Angaben bewahrheiten, aus der Organisation ausgeschlossen werden. Die Meinung der Versammlung ging im großen und ganzen dahin, daß, wenn es gelänge, aus der Fabrik Streikbrecher fernzuhalten, angefehlt der bevorstehenden Saison den Ausständigen der Sieg sicher sei. In dieser Voraussicht billigte man den Streik, erklärte sich mit den Ausständigen in jeder Beziehung solidarisch und versprach, sie nach besten Kräften zu unterstützen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Dienstag, den 24. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Tempel, Langestr. 65: Versammlung. Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung und Neuwahl der Ortsverwaltung.
National-kaufmännische Kranken- und Sterbekasse. Dienstag, den 24. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Dähler, Neue Grünstr. 25: Vorstandssitzung.
Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 24. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstr. 16: Versammlung. Tagesordnung: Geschäftliches. Goldbildhauer-Abend.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 24. Juli.
Selkaliance-Theater. Der Widschuh.
Alexanderplatz-Theater. Verbotene Liebe.
National-Theater. Aus eigener Kraft.
Apollon-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstr. 182.
Aus eigener Kraft.
Schauspiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman der Wilhelmine von Hillern, von Max Hagelweide bearbeitet und in Szene gesetzt von Hobde-Göbeling.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 7 3/4 Uhr.
Im Garten: **Großes Konzert.** Auf der Sommerbühne Aufführung von Poffen, Lustspielen sowie Auftreten von Spezialitäten ersten Ranges.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Castan's Panoptikum.
Hawaiische Königs-Tänzerinnen.
Das schwerste Ehepaar der Welt.
Schmiedels Festsäle
Alte Jakobstr. 32.
Empfehle meine hocheleganten Säle (elektr. Bel.) auch mit Bühne zur Abhaltung von Vereins- u. Privatfestlichkeiten.
4908. Ww. C. Schmiedel.

Weißbier!
Für Fabriken und Werkstätten sowie für Wiederverkäufer liefere ich mein **Versand-Weißbier** in unübertrefflicher Güte zum Preise von 3 Mk. für 40 halbe oder 45 1/2 oder 25 3/4 oder 20 ganze Flaschen, frei in's Haus, in Flaschen mit Patentverschluss, ohne Handberechnung.
Fernsprecher Amt Schönberg No. 92.
A. Seidler,
Schöneberg, 2141.
Liedstr. Nr. 73-75 und 82.
Berliner Weissbier-Brauerei.

Evora-Bräu
In vorz. Qualität empfiehlt in Gebinden von 17 Litern an, auch in Flaschen.
Otto Linke, Lagerhof 3.
Telephon Amt III Nr. 404.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4485L.
am tiefsten Preise wie bekannt **größte Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Unserem Freunde und Genossen, dem
Subditer
Gustav Herrmann
zu seinem heutigen Wiedenfest ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze Putzstraße sowie seine ganze Wude wackelt. Gustav Herrmann, damit wir Schleischen kriegen. 1938b
Mehrere getreue Genossen.
T. P. K. F. W. W. P. W. S. M.

Hiermit die traurige Nachricht, daß der Former
Julius Schüler
im 65. Lebensjahre verstorben ist. Die Beerdigung findet Dienstag, d. 24. Juli, Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Gerichtsstr. 22 aus, statt. 1934b

Danksagung.
Allen Freunden, Bekannten und Verwandten, den Kollegen und Kolleginnen der Nähfabrik von G. A. Hoffmann, sowie dem Gefangenen „Norddeutsche Schleife“ sage für die Theilnahme an der Beerdigung meiner lieben Frau meinen besten Dank. 1940b
Paul Nagel.

Danksagung.
Für die herzliche Theilnahme, sowie für die kostbaren Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders
1930b
Hermann Reiche
sagen wir allen Verwandten und Freunden, insbesondere den Arbeitern und Arbeiterinnen der Flaschenfabrik zu Straßau, den Sängern des Vereins „Vorwärts“ und den Kollegen von Rudolph u. Kühne unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Unterstützungs-Verein deutscher Sutmacher
(Filiale Berlin.)
Dienstag, den 24. Juli, Abends 8 Uhr, bei Nieß, Weberstr. 17 (gr. Saal):
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht der Delegierten von der außerordentlichen Generalversammlung.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
181/3 **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!
Unterzeichneter Verein warnt hiermit die Genossen vor dem Schneider
Ernst Kretschmar,
da derselbe die ihm anvertrauten Vereinsgelder unterschlagen hat und seitdem verschwunden ist. 129/8
Gesangverein Freya I, gemischter Chor, Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.

Gasthof „Wilhelmshöhe“
Waltersdorf
15 Min. vom Bahnhof Erkner, Chauffee nach Kallberge-Räderdorf. Saal. Vorwärts. Sein Ringbier. Vereine bitte um Anmeldung. Um Besuch bittet
Carl Gillmann.

Achtung! Achtung!
Das 5. Stiftungsfest der Dachdecker und Berufs-genossen (Filiale Berlins), welches von der „Konfordia“, Andreasstr. 64, zum 21. Juli, rückgängig gemacht wurde, findet Sonnabend, den 25. August 1894, Abends 8 Uhr, in Pielig's Salon, Große Frankfurterstr. 28, statt.
Um rege Theilnehmung ersucht
110/2 **Der Vorstand und das Komitee.**

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge eocnt. auch festes Gehalt werden zugesichert.
Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 219L*

Staare, Kreuzschnäbel 1 Mark
1,25, freilebende, junge Eichhörnchen, Papas u. Bastard-Rainichen, Tauben, weiße Mäuse, Langmäuse, Käfige, Ratten, Angelwurm, Sechstauben, Meeresschweinchen verkauft und taucht stets **Redman**, Madalstr. 2, am Schles. Bahnhof. 1885b

In erster Auflage erschien eine unverzagte Vierschnüfflerin. Rixdorf, den 21. 7. 94. **Schulze.** 1935b

Abessinier-Brunnen, Saug-Druckpumpen, Heißluftmotoren, Rohr, Sauger billig zu verkaufen 1929b
Altfeisenhandlung C. Kaufmann, Grimmstr. 29, Am Urban.

Rohtabak.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Formen, Vorkauf, wieder vorrätzig.
Heinrich Franek
Brunnenstraße 185.

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 5441 L.
Robert Meyer,
Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Zutritt zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

6 Pfund Albrecht's
Brot für
50 Pfennig **Bäckerei,**
liefert Wrangel-Strasse 8,
Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.

Kinderwagen, Reiseförbe
zu Fabrikpreisen, auch Theilzahlung.
C. V. Herrmann, Oelisenaustr. 115.

Kinderwagen, größt Lager, billigste Preise, v. 10 Mk. an auch Theilzahlung.
W. Holze,
1291. **Oranienstraße 3.**

Sophastoff-Reste
in Bize, Damast, Crêpe, Fantast, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig!
Proben franko! 5150L.
Emil Lefèvre, Berlin S., **Oranienstraße 158.**

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitzcke**, gegründet 1872, **Stallgerstr. 13, Otto Admiralstraße, am Kottbuscher Thor. 59709***

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis.
Versammlung
am Dienstag, 24. Juli, Ab. 8 1/2 Uhr, bei Herrn **Röllig**, Neue Friedrichstr. 44.
Tages-Ordnung:
1. Wie fördern wir die Landagitation? Referent Genosse **Timm.** 276/2
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Genossen werden ersucht zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.
Die **Zahlstellen** befinden sich bei den Genossen:
J. Warnau, Rosenstraße 30. **Tripko**, Jägerstraße 10.
W. Thierbach, Friedrichsgracht 16. **Wendt**, Claudiusstraße 13.

Arbeiter-Bildungsschule
Am Mittwoch, den 25. Juli, Abends 8 1/2 Uhr:
Vorträge.
Südost-Schule, Waldemarstr. 14: „Die Theilnahme des Volkes an den Geschworenen- und Schöffengerichten.“ Referent: Herr Rechtsanwalt **Wieber.**
Nord-Schule, Müllerstr. 179a: „Entscheiden die Geschworenen, Schöffen- und Beleherten-Gerichte den Rechtsanschauungen des Volkes?“ Referent: Herr Schriftsteller **J. Frankel.**
Die Schüler, wie Mitglieder werden ersucht, in beiden Schulen recht früh und zahlreich zu erscheinen. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben freien Zutritt, soweit Platz da ist. 50/3 **Der Vorstand.**

Öffentliche Maler-Versammlung mit Frauen
Dienstag, den 24. Juli, Abends 8 Uhr,
im Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.
Tagesordnung:
Der Bierbockott, die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter und die Maßnahmen der Malergewerkschaft. 188/3
Zahlreiches Erscheinen durchaus erforderlich. **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Maurer! Achtung!
Mittwoch, den 25. Juli, Abends 8 Uhr:
General-Versammlung
in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.
Tages-Ordnung:
1. Der Bierbockott und seine Gegner. Referent: Gen. **Georg Wagner.**
2. Stellungnahme der Maurer Berlins zur Wahl der Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission. 3. Gewerkschaftliches.
Kollegen! Da es uns wegen Verweigerung des Haberechtschen Lokals nicht möglich war, unsere zum 19. Juli einberufene Versammlung abzuhalten, ersuchen wir Euch, in der am 25. Juli stattfindenden Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. 188/3
Der Vertrauensmann der Berliner Maurer. W. Ueckert.

Achtung, Kutscher!
Mittwoch, den 25. Juli, Abends 10 Uhr:
Große öffentliche Versammlung sämtlicher Kutscher Berlins und Umgegend mit Frauen
im großen Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20.
Tagesordnung: 1. Der Klassenkampf des arbeitenden Volkes. Referent: Genosse **Alex Sailer.** 2. Die Lohnverhältnisse im Fuhrgewerbe. Referent: Kollege **Lang.** 3. Diskussion. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer: A. Schulz, Faldensteinstr. 17.

Achtung, Wilmersdorf!
Mittwoch, den 25. Juli: 253/3
Volks-Versammlung
beim Restaurateur **Lübellt**, Günzelstr. 39.

Achtung!
Schankwirthe Charlottenburgs!
Alle diejenigen Schankwirthe, welche kein Bockbier führen und gewillt sind, sich der Kontrolle der Arbeiter zu unterstellen, werden ersucht, betreffs Ausstellung einer Liste zur Veröffentlichung im „Vorwärts“ sich zu melden bei:
H. Wernicke, Krummestrasse 19,
P. Wolter, Magazinstrasse 19. 253/6

Säle zu Versammlungen und Vereins-Festlichkeiten.
1837b **Dranienstraße 180.**
Achtung! Achtung!
Ein kl. Vereinszimmer zu vergeben. Streikstr. 7. Ringreies Bier wird vergapft. 1889b
A. Röhr.
Offerte Kreuzschnäbel 0,80, j. Staare 1 Mk., j. Zeißige, Finken, Meisen 0,50, Flugtauben Paar 1,50, Habicht 2,50, Steinkauz 7 Mk. bei 1941b
Hoffmann, Reinholdsdorferstr. 64 (Laden). Kaufe jeden Pothen Meer-schweinchen und weiße Mäuse.

Im 3. Wahlkreis

schänken folgende Gastwirthe Bier aus nicht boykottirten Brauereien:

- Admiralstr. 1, Vanger.
- 19, Köhler.
- 19a, Bringe.
- 21, Schriever.
- 27, Püll.
- Alexandrienerstr. 39, Wendt.
- Annenstr. 37, Malih.
- Brandenburgstr. 18, Götte.
- 83, Zacharowst.
- 86, Thiele.
- 74, Wolter.
- Brüherstr. 40, Sieble.
- Dresdenerstr. 32, Stöpel.
- 37, Görlich.
- 38, Richter.
- 57, Böhm.
- 58, Werner.
- 79, Rosenborn.
- 99, Schlüter.
- 108, Voigt.
- 138, Post.
- Engel-Ufer 3, Jahn.
- Grünstraße, Neue, 21, Gebhardt.
- Hollmannstr. 31, Lehmann.
- Jakobstr., Alte, Ecke Seidelstr., Kleber.
- 7, Blume.
- 61, Pasch.
- 69, Lenz.

- Jakobstr., Alte, 118, Garz.
- Köpnickerstr. 37, Penfert.
- Kottbuser Ufer 57, Ringel.
- Louisen-Ufer 44, Rümrig.
- 46, Pannewitz.
- Matthiesstr. 17, Koch (Bierverlag).
- Neanderstr. 5, Gebue.
- Oranienstr. 109, Greiser.
- Prinzenstr. 66, Rabe.
- 86, Kühn.
- 99, Broe. Walter.
- Ritterstr. 83, Paul.
- 84, Raab.
- 96, Profeler.
- 97, Bauer.
- 123, Stramm.
- Rungestr. 28, Bernke.
- Sebastianstr. 12, Bergel.
- 63, Füll.
- 72, Berger.
- Simeonstr. 23, Fied.
- Skalitzerstr. 7, Schönmann.
- 11, Schwarzkopf.
- Stallschreiberstr. 29, Schöning.
- 43a, Krüger.
- Waldemarstr. 27, Mann.
- 38, Kottulinsty.

Diese Liste wird am 26. Juli wieder veröffentlicht. Meldungen nehmen entgegen:

- Götte**, Brandenburgstraße 18,
- Lenz**, Alte Jakobstraße 69,
- Schöning**, Stallschreiberstraße 29,
- Schönmann**, Skalitzerstraße 7,
- Böhm**, Dresdenerstraße 57.



Große Ersparniß im Haushalt!

F.F. Resag's Kaffeeersatz



macht den Kaffee kräftig und wohlschmeckend, liefert auch ohne Zusatz von Bohnenkaffee ein angenehmes gesundes Getränk.

Zu haben in den meisten Kolonialwaaren-Geschäften. **à Pfund 40 Pf.**

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für **Cigarren-Fabrikanten** **!! billigster Einkauf!!**

W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Die Handelsschule zu Jauer i. Schl.
bietet in ihrem sachwissenschaftlichen Kursus jungen Kaufleuten und Gewerbetreibenden — sow. Gymnasialisten und Realschülern etc. mit dem Einj.-Zeugn. — Gelegenheit, sich in einem Jahre eine tüchtige theoretische Bildung anzueignen.
In der höheren Abtheilung finden Jünger die wissensch. Ausbildung nicht nur für ihren Beruf, sondern gleichzeitig auch f. d. Einj.-Freiw.-Examen. Kursus 2-3jährig.
Schulanfang 9. Oktober. Prospekte durch den Direktor G. Müller.

Seit 1. Juli d. J. befindet sich mein **Institut für chronische Hautleiden**
C., Alexander-Str. 67a (nahe Alexander-Platz).
Dr. med. B. Lasker, Spezialarzt.
Sprechstunde außer Freitag. tägl. 9-12, 3-6, Sonntags 9-3. M.

Frucht-Säfte
Simbeer-, Birsch-, Johannisbeer-saft, vorzüglich, Literflasche 1,30 Mk.
Eugen Neumann & Co.
6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik
Berlin, 1. Gesch.: Andraasstr. 23, d. rt., gegenüber Andraaspl.
2. Gesch.: Brunnonstr. 95, gegenüber Humboldthain.
größtes Lager Berlins. Muster-Kinderwagen, dächer gratis. Thollzahlung gestattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß er nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

Künstl. Zähne schmerzlos eingesetzt, feststehend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Grunahigung. **Kreslawski**, Spittelmarkt 18.

Vereinszimmer **Pflek**, Simeonstr. 23. **Rein Ringblat.**

37 öffentliche Gewerkschafts-Versammlungen

mit der Tagesordnung:

Der Bierboykott und die Gewerkschaften

finden am **Freitag, den 27. Juli, Abends 8 Uhr,**

für nachstehende Gewerkschaften in folgenden Lokalen statt:

1. Für die im Handelsgewerbe Angestellten und Beschäftigten, in der **Berliner Ressource**, (großer Saal) Kommandantenstr. 67.
 2. Für die Fabrik- u. Hilfsarbeiter, im **Kolberger Salon**, Kolbergerstr. 23.
 3. Für die Goldschmiede, Graveure, Ziseleure etc., bei **Ehrenberg**, Annenstr. 16.
 4. Für die Lithographen und Steindrucker, bei **Hoffmann**, Oranienstr. 180.
 5. Für die Chirurgische Branche, bei **Röllig**, Neue Friedrichstr. 44.
 6. Für die Wäschefabrikation (Zuschneider, Plätterinnen, Wäscherinnen, Näherinnen), bei **Feind**, Weinstr. 11.
 7. Für die Stuckateure und Bildhauer, bei **Deigmüller**, Alte Jakobstr. 48a.
 8. Für die Tapezirer, bei **Poppe**, Lindenstr. 106.
 9. Für die Möbelpolirer, bei **Wilke**, Andreasstr. 26.
 10. Für die Böttcher, bei **Heyse**, Lichtenbergerstr. 21.
 11. Für die in der Schuhwaarenfabrikation Beschäftigten, bei **Fiebig**, Gr. Frankfurterstr. 28.
 12. Für die in der Schneiderei Beschäftigten, **Oranienhallen**, Oranienstr. 51.
 13. Für die Maurer und Putzer, bei **Nieft**, Weberstr. 17.
 14. Für die Sattler, bei **Rehlitz**, Bergstr. 12.
 15. Für die Lohgerber, Lederzurichter, Weissgerber und Lederfärber, bei **Cranz**, Gesundbrunnen, Badstr. 12.
 16. Für die Tabakarbeiter, bei **Kelle**, Schönhauser Allee 28.
 17. Für die Stockarbeiter und Färbearbeiter, im **Gesellschaftshaus Ostend**, Müdersdorferstr. 45.
 18. Für die in der Schmiederei Beschäftigten, im **Elysium**, Landsberger Allee.
 19. Für die Holzarbeiter, in **Sanssouci**, Kottbuserstr. 4a.
 20. Für die Handschuhmacher, in der **Ressource** (kl. Saal), Eingang Stallschreiberstraße.
 21. Für die Droschkenkutscher, **Wedding Kasino**, Schulstr. 23.
 22. Für die Stellmacher, bei **Schneider**, Belforterstraße 15.
 23. Für die Musikinstrumenten-Arbeiter, Klubhaus **Süd-Ost**, Waldemarstraße.
 24. Für die Schriftgiesser, bei **Möhring**, Admiralstr. 18e.
 25. Für die Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter, bei **Bolzmann**, Lichtenbergerstr. 16.
 26. Für die in Buchbindereien Beschäftigten, in den **Arminhallen** (Gartensaal), Kommandantenstr. 20.
 27. Für die in Buchdruckerien Beschäftigten, in den **Arminhallen** (gr. Saal), Kommandantenstr. 20.
 28. Für die Kistenmacher, bei **Dobberstein**, Mariannenstr. 31/32.
 29. Für die Klempner, bei **Roll**, Adalbertstr. 21.
 30. Für die Zinkgiesser, bei **Sauermann**, Adalbertstr. 8.
- Vormittags 10 Uhr:**
31. Für die Musiker, bei **Röllig**, Neue Friedrichstr. 44.
- Nachmittags 4 Uhr:**
32. Für die Gastwirthsgehilfen, bei **Ehrenberg**, Annenstr. 16.
- Donnerstag, den 26. Juli, Nachmittags 3 Uhr:**
33. Für die Bäckerarbeiter, in den **Arminhallen** (gr. Saal), Kommandantenstr. 20.
34. Für die Former. Lokal wird noch bekannt gemacht.
34. Für die Steinarbeiter dergleichen.

Rixdorf. Öfftl. Versammlungen sämtl. Gewerkschaften

1. bei **Kummer**, Berlinerstraße.
2. bei **Wwe. Appoldt**, Dnessebeckstraße.

Die Referenten werden im folgenden Inserat am Mittwoch bekannt gemacht. Die Versammlungen finden mit Arbeiterinnen statt.

Ausserdem werden die Gewerkschaften nochmals darauf aufmerksam gemacht, dass sie die polizeilichen Anmeldungen selbst zu besorgen haben.

Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Bestes Putzmittel der Welt!



Diese Universal-Metal-Putzmittel-Vermade ist von uns zuerst im Jahre 1876 eingeführt und das Fabrikzeichen „Helm“ durch gesetzliche Eintragung zur Schutzmarke gekennzeichnet worden. Alle ähnlich aussehenden Erzeugnisse sind deshalb Nachahmungen unseres unübertroffenen Putzmittels. 308L.

Rohtabak
Größte Auswahl — Bill. Preise
Emil Berstorff
Brunnenstr. 182.

Berichtigung.

Es ist nicht wahr, das, wie in der Gastwirth-Versammlung bei Reiner behauptet worden ist, ich am 18. d. M. 1/4 Lo. Radeberger Bier mit drei Plakaten und 1/2 Stunde später Bier von der Norddeutschen Brauerei erhalten habe. Ich verschänke ausschließlich ringfreie Bier, was ich beweisen kann. Schöneberg, 23. Juli 1894.

1892b W. Herrmann, Goltzstr. 12.

Hiermit erkläre ich, daß meine Behauptung, der Gastwirth Gieslitz habe bis zum 1. Juli Ringbier geschänkt, auf Wahrheit beruht. 1931b H. Schrosmy, Pestalozzistr. 32a. (Zum Einverständnis mit der Lokal-Kommission.)

Die Beleidigung an Fräulein Pa u l nehme zurück. 1286b Bleistein, Yorstr. 43.

Der junge Mann mit den 2 Damen, welcher am Sonntag Abend 11 1/2 Uhr Schleifische Str. eine kleine goldene Uhr gefunden hat, wird ersucht, dieselbe abzugeben gegen Belohnung. 1087b H. Schulz, Waldemarstr. 46, 3 1/2, Tr.

Eine auswärtige ringfreie Brauerei

beabsichtigt, in Berlin eine Niederlage zu errichten und sucht einen geeigneten tautionsfähigen Vertreter unter sehr coulantem Bedingungen. Offerten erbeten sub R. S. 555 i. d. G. d. B.

Achtung! Töpfer-Verkehr!

Empfehle mein Lokal allen Töpfern und Berufsgenossen; Kutscher und Handstücke sind zu haben. Vereinszimmer! Kein Boykottbier. 1933b H. Paul, Brangelstr. 63.

Arbeitsmarkt.

Lederwaaren-Arbeiter im Hause auf Hobarbeit verlangt **Freund**, Prinzeßinnenstr. 19. 1938b